

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

28 (3.2.1914) Erstes Blatt

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugest. monatl. 75 s., vierteljährlich 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 s.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postschekto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate an Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

### Der Tod im Dunkel.

Mitten in die sozialpolitischen Debatten des Reichstags hinein dröhnt der Wetterschlag von Beche Achenbach. Telegramme fliegen hin u. her, hohe Staatswürdenträger sprechen ihr Beileid aus, Parlamentspräsidenten und bürgerliche Abgeordnete machen ihre Reverenz vor der Majestät des Todes. Vielleicht wäre das große Trauerzeremoniell, das bei außerordentlich schweren Bergkatastrophen üblich ist, diesmal nicht zur Anwendung gekommen, wären nicht im ersten Augenblick Unglücksnachrichten verbreitet worden, die sich glücklicherweise später als übertrieben herausstellten. Die bürgerliche Welt empfindet im allgemeinen die Anstandsspflicht der Ergreifung erst dann, wenn es sich um dreistellige Todesziffern handelt. Mit 22 erschlagenen Proletariern pflegt man sonst weniger Aufhebens zu machen.

Und doch, was kommt es darauf an, ob es an diesem einen Tage hundert oder zweihundert gewesen? Jeder menschlich Fühlende wird mit aufmerksamer Benutzung erfahren, daß es dem Geldmutter der Rettungsmannschaften gelungen ist, mehr als sechzig Opfer der Katastrophe dem sonst sicheren Tode zu entreißen. Für die großen sozialen Lasten unserer Gesellschaft bedeutet indes diese glückliche Wendung einiger individueller Schicksale verhältnismäßig wenig. Die Statistik der Berufsunfähigkeitsfälle zählte im Jahre 1911 9317 Getötete, 1.310.005 Verletzte, von denen 1060 dauernd völlig, 47.325 dauernd teilweise erwerbsunfähig blieben! Der Tagesdurchschnitt von etwa 30 tödlichen Unfällen ist durch die Katastrophe von Achenbach für den 30. Januar 1914 auf 52 gestiegen, das ist — vom sozialstatistischen Standpunkt gesehen — alles!

Von den dreißig, die da und dort in den Winkeln mit zerbrochenen Gliedern sterben, spricht man nicht. Man spricht nicht von den 370 Menschen, die täglich von Bauten abfliegen, von Transmmissionen in die Maschine gerissen werden und von denen jeder dritte einen dauernden Schaden für sein ganzes Leben davonträgt. Alle diese Katastrophen des täglichen Proletariatslebens verkrümeln sich im Kleingedruckten der Lokalchronik, wenn sie überhaupt einen Rest von Beachtung finden. Nur wenn der Tod zufällig an einem Tage an einer Stelle massenhaft in Erscheinung tritt, dann bringen die Zeitungen spaltenlange Telegramme, werden Beileidsfundgebungen, Sammlungen veranstaltet, und selbst scharfmaderische Blätter sprechen an solchen Tagen mit Achtung und Bedauern von den großen Gefahren, denen die Arbeiterschaft in ihren Berufsangelegenheiten ist. Das sind dann so die Trauerfeiertage der Massenverbrüderung. Im übrigen — ist alle Tage Wochentag.

Man stelle sich einmal vor, daß die Unfälle eines Jahres von den übrigen 364 Tagen verschwänden und sich an einem Tage zusammenbrängen. Eine Katastrophe mit fast zehntausend Toten, einhunderttausenddreißigttausend Verletzten — welchen fürchterlich erschütternden Eindruck würde das machen! Welche Welle allgemein menschlichen Mitleids würde sich über die Opfer und ihre unglücklichen Angehörigen ergießen! Und doch: ist der Schmerz von zehntausend Familien, die ihre Ernährer verlieren, weniger der Teilnahme würdig, wenn er heute hier, morgen dort gewekt wird, als wenn er an einem Tag und an einer einzigen Stelle zum Ausdruck kommt? Und das berühmte „soziale Gewissen“, das von jedem Schlagwetter unangenehm gerüttelt wird, daß es alle Tage schlafen, weil sich das Schreckliche alle Tage ereignet: bloß nicht in lokaler Konzentrierung, sondern in örtlicher Zerstreuung?

Selbst im Bergarbeiterleben, in dem die Massenunfälle am häufigsten sind, fordern die großen Katastrophen nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Opfer. Der weitaus größte Teil wird von den Einzelunfällen des Alltags hingerafft, von denen nicht die Zeitung, sondern nur die Statistik eindrucksvolle Kunde gibt. Und selbst die großen Katastrophen — ereignen sie sich nicht mit einer fast ermüdenden Regelmäßigkeit? In der Grube Achenbach war es die zweite in kaum mehr als Jahresfrist. In die Jubiläumsfeier von Krupp schlugen die Wetter von Lothringen drein. Und die Grauen der großen Katastrophe von Mauthod haften noch in aller Erinnerung.

Wenn in solchen Fällen die offizielle Welt ihre herkömmliche Beileidsdramatik aufsetzt, so ist damit noch gar nichts getan. Es ist weniger getan als nichts, wenn dann den konventionellen Versicherungen der Teilnahme achselzuckend hinzugefügt wird, es handle sich eben um ein unvermeidliches Schicksal. Bei solchen Unvermeidlichkeiten kann sich nur der beruhigen, den sie weiter nichts angehen: die Arbeiterklasse aber kämpft den Kampf gegen das graue Geschick, das ihr täglich neue Stücke blutenden Fleisches aus dem Leibe reiht. Sie kann Unfallverhütungsmassregeln nicht als genügend erachten, wenn diese Massregeln nicht verhüten können, daß alljährlich eine gefallene Armee das Schlachtfeld der Arbeit bedeckt. Und wenn keine Unfallverhütungsvorschriften, keine Inspektoren, keine Sicherheitsmänner die tägliche Wieder-

holung dieses Grauens verhindern können, weil seine Unvermeidlichkeit in dem kapitalistischen System selbst begründet ist, dann kämpft die Arbeiterklasse eben gegen dieses System, das einen zwingt, im Dunkel zu sterben, damit die andern im Lichte leben können.

In Preußen-Deutschland wird der Druck des kapitalistischen Systems aber noch verschärft durch die Bosheit eines reaktionären Regimes. Seit vielen Jahren kämpfen die Bergarbeiter um ein Reichsberggesetz. Sie wissen wohl, daß auch ein Reichsgesetz nicht imstande ist, den Quell des Unheils zu verstopfen, aber sie sehen mit Recht in die Gesetzgebung des Reichstags immer noch mehr Vertrauen als in die Arbeit des von Unternehmerinteressen völlig beherrschten preussischen Dreiklassenlandtags. Die reaktionäre Härte Preußens hat den Bergarbeitern bis zum heutigen Tage die Erfüllung dieses Wunsches verweigert. Wäre er erfüllt, hätten die Bergarbeiter besseren gesetzlichen Schutz, dann kämen die Bergarbeiter Berren vielleicht weniger oft in Gelegenheiten, Kondolenztelegramme abzusenden und Traueransprachen zu halten. Sie bräuchten seltener ihr menschliches Empfinden in Worten zu befehlen, wollten sie es einmal beweisen durch eine menschliche Tat!

### Kopp, der Scharfmacher.

Aus Kreisen der christlichen Gewerkschaften erhält der christlich-soziale „Reichsbote“ eine Zuschrift, in der auseinandergesetzt wird, warum die christlichen Gewerkschaftsführer die beruhigenden Briefe des Kardinals Kopp nach dem Erscheinen der Enzyklika nicht veröffentlicht hätten:

Sie sagten sich in der damaligen Situation: Kardinal Kopp ist unser härtester Gegner. Bischof Dr. Korum ist zwar auch nicht unser Freund, was er sagt, ist indessen von rein religiösen Beweggründen diktiert. Einen solchen Standpunkt muß man, selbst wenn man ihn für falsch hält, achten. Damit ist eine Einigung auf die Dauer nicht ausgeschlossen. Kardinal Kopp leitet in der Hauptsache andere Gesichtspunkte. Er lebt in hartem Maße in der Gebankwelt der überweltlichen Großindustriellen, die in dem Arbeiter den Untertanen sehen. Zwischen dieser Auffassung und jener einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik ist ein Ausgleich nicht möglich. Ohne den Kardinal Kopp wäre die Enzyklika nicht erlassen worden. Wenn er jetzt in Privatbriefen zu beruhigen sucht, so ist das das sicherste Zeichen, daß er dann später, wenn alles ruhig ist, glaubt den christlichen Gewerkschaften und anderen ihm unliebhaberen Erscheinungen um so besser beizukommen zu können. In solcher Situation (November 1912) muß das Entgegengesetzte dessen geschehen, was jetzt Kardinal Kopp in Privatbriefen wünscht. Und so war Kardinal Kopp in der Hauptsache die indirekte Veranlassung für den Essener Kongreß. Die christlichen Gewerkschaftsführer waren damals, in der damaligen Situation, mindestens ebenso klug wie Kardinal Kopp. Sie haben seine Politik richtig durchschaut.

In Kreisen christlicher Gewerkschaftsführer hält man also einen der höchsten Kirchenfürsten für einen ganz höfartigen Herrenmenschen, der eine äußerst hinterlistige Politik treibt und vor dem man sich daher nicht genug in acht nehmen kann. Wir haben nicht den mindesten Grund, dieser Charakteristik zu widersprechen, da die christlichen Gewerkschaftsführer den Kardinal zweifellos besser kennen als wir. Welchen Grund aber haben die christlichen Gewerkschaftsführer die Sozialdemokratie anzugreifen, weil sie mit dem Christentum solcher Kirchenfürsten nicht einverstanden ist, weil sie einer Kirche, deren höchste Oberhäupter von ihren Gläubigen so absonderlich werden, keine privilegierte allbeherrschende Stellung im öffentlichen Leben zuerkennen will?

Auch die evangelischen Arbeitervereine machen gegen den Kardinal energisch Front, indem sie in ihrer Wochenchrift erklären:

Es muß nun allen Ernstes darauf hingewiesen werden, daß die christlichen Gewerkschaften nicht unter der Aufsicht irgend einer Kirche stehen, sie dürfen diese Aufsicht in keiner Weise anerkennen, wollen sie nicht ihre Bedeutung im beruflichen und öffentlichen Leben als eine wirtschaftliche und sozialpolitische Organisation verlieren.

Es gilt jetzt einen Kampf um die Selbstständigkeit, und in diesem Ringen werden die christlichen Gewerkschaften alle bewußt national Denkenden auf ihrer Seite haben.

Für die katholischen Gewerkschaftsführer ist es jedenfalls eine eigentümliche Situation, mit ihren evangelischen Kameraden gegen die Abhängigkeit ihrer Organisation von „irgend einer Kirche“ Stellung nehmen müssen. Diese Situation ist allerdings nicht neu, sie ist aber noch nie in so scharf ausgeprägte Erscheinung getreten wie eben jetzt.

### Der Regierungswechsel in den Reichslanden

wird von der reaktionären Presse mit unberühnter Befriedigung aufgenommen. Die „Post“ schreibt: „Der Abbruch in den Reichslanden“ und die „Kreuzzeitung“ drückt sich zwar etwas weniger plump aus, konstatiert aber, daß jetzt Klarheit darüber herrsche, „daß in den Reichslanden die Reform an Haupt und Gliedern eintreten werde, die nach den Erfahrungen der letzten Monate als unerlässlich bezeichnet werden mußte.“ Das konservative

Blatt sucht dann nachzuweisen, daß der Straßburger Regierung nur durchaus Recht geschehe, wenn man sie zum Teufel jage:

Wer etwa doch noch der Ansicht gewesen sein sollte, daß die Straßburger Regierung im Grunde genommen nur das Opfer einer unglücklichen Verkettung von Umständen geworden sei, der mußte durch ihre eigenen Äußerungen in der letzten Zeit in dieser Hinsicht die Auslassung des Statthalters an die „Straßburger Neue Zeitung“. Sie zeigt am deutlichsten, wie sehr man sich in Straßburg als Anwalt der reichsländischen Bevölkerung gegen andere, die Staatshoheit verfechtende Stellen gefühlt hat. Man stelle sich nur vor, daß etwa ein Oberpräsident in Posen in einem polnischen Blatte verurteilen ließe, er fühle mit dem polnischen Volke so gut wie ein Pole selbst und werde nicht dulden, daß ihm etwas angetan werde, was unrecht sei. Das hieße doch geradezu künstlich die Unzufriedenheit mit dem deutschen Regiment schüren und es außerdem vor der Bevölkerung moralisch ins Unrecht setzen. Nehmen wir für einen Augenblick einmal wirklich an, diese Bemerkung richte sich ausschließlich gegen die Militärbehörde und sei in Uebereinstimmung mit dem begründet, spricht es dann nicht immer noch aller Regierungskunst Hohm, diesen Zwist in solcher Weise vor die Öffentlichkeit zu tragen, und bedeutet es nicht eine Bloßstellung der anliegenden Regierungsbehörde selber, daß sie es nicht vermocht hat, solchen Dingen rechtzeitig vorzubeugen? So unglückliche Fehler also die Regierung bisher begangen hat, so schwer wird es auch einem weisen Regiment werden, eine wirkliche Besserung der Zustände herbeizuführen. Auf wen soll es sich stützen? Es hat eine ärgellose demokratische Presse, ein ebensolches Parlament gegen sich. Gegen jene fehlen ihm die allererstennotwendigsten Machtmittel. Auf alle Reformen im Sinne einer Festigung des Reichsgebauens, soweit sie gesetzlicher Mitwirkung bedürfen, wird man verzichten müssen. Die der Regierung zur Verfügung stehenden Geldmittel, mit denen hier und da, z. B. im Zeitungswesen, allenfalls etwas zu machen wäre, hat der Landtag beschneidet und wird sie weiter beschneiden. So bleibt nur die langsam wirkende, mühsame Arbeit einer sich ihrer Ziele klar bewußten Bevölkerung, die sich aber auch jeden Schritt vorwärts gegen den Widerpruch des Parlaments wird erkämpfen müssen.

Erschütternd wirkt diese Klage des Preußenbundesorgans, daß sogar keine Aussicht besteht, das Reichsland der Verpreuung zuzuführen, weder im Wege von Zwangsgelehen noch auf dem Wege der Freikorruption, weil zu letzterer die Geldmittel fehlen. Die elsass-lothringische Regierung aber darf sich diese Klage als Ehrenzeugnis anrechnen, denn mehr kann sie nicht wünschen, als daß ihr bestätigt wird, daß sie die Interessen der reichsländischen Bevölkerung über alles andere gestellt hat.

Ueber die persönlichen Verhältnisse des neuen Staatssekretärs für Elsaß-Lothringen wird berichtet:

Siegfried Graf v. Roedern steht im 44. Lebensjahre. Er wurde in Marburg am 27. Juli 1870 geboren, widmete sich juristischen Studien und wurde im Dezember 1893 als Referendar beim Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. vereinnlicht. 1896 ging er zur allgemeinen Staatsverwaltung über, war zuerst in Düsseldorf als Regierungsreferendar tätig und seit Anfang 1899 dort als Regierungsassessor. Nachdem er beim Landratsamt des Kreises Oberbarnim und beim Oberpräsidium in Posen vereinnlicht war, beschäftigte er sich seit 1903 eine Berufung in das Finanzministerium als Hilfsarbeiter. Hier blieb er nur zwei Jahre, um als Nachfolger des Herrn v. Treschow Landrat des Kreises Niederbarnim zu werden. Anfang 1911 wurde er in die Regierung von Potsdam als Oberpräsidialrat berufen.

Wenn man von seiner Tätigkeit als preussischer Landrat absteht, die allerdings schon eine gewisse politische Bedeutung hat, ist Roedern sonst politisch noch nicht hervorgetreten. Vor allen Dingen kennt er auch gar nichts von Elsaß-Lothringen, vielleicht hat er seinen Boden überhaupt noch nicht betreten. Aber das war es ja, was die „elst preussischen“ Leute wollten, ein Preuße solle die Zügel in die Hand nehmen, der sich durch keinerlei Rücksichten auf die Eigentümlichkeiten des Landes beeinflussen läßt. Man wird bald sehen, was bei solcher Pferdekur herauskommt.

### Deutsche Politik.

#### Die neue Regierung von Elsaß-Lothringen.

Offiziös wird gemeldet, daß dem Staatssekretär Frhrn. Jörn v. Bulach die nachgelagte Dienstentlassung unter Verleihung der Krone zum Roten Adlerorden erster Klasse erteilt worden ist. Ebenso sind die Unterstaatssekretäre Mandel und Petri unter Verleihung hoher Ordensauszeichnungen entlassen worden, während Unterstaatssekretär Köhler in seinem Amte verbleibt.

Zum Staatssekretär an Jörn v. Bulachs Stelle ist der Oberpräsidialrat Graf v. Roedern in Potsdam ernannt worden, der gleichzeitig die Leitung der Abteilung des Innern im Ministerium übernimmt. Die Leitung der Abteilung für Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten ist dem vortragenden Rat im Reichsamt des Innern, Freiherrn v. Stein übertragen worden. Die Entschädigung über den Nachfolger des Unterstaatssekretärs Dr. Petri ist noch vorbehalten.

Die alldeutsche Scharfmacherpresse zeigt sich sehr zufrieden darüber, daß der neue Staatssekretär aus den Kreisen

der Potsdamer Verwaltung entnommen worden ist. An die Stelle eines Elässers, mit dem seine Landsleute freilich nie zufrieden waren, tritt ein Prenzler, der Eläss-Verhörungen noch gar nicht kennt. Ob freilich diese Unkenntnis der Landesverhältnisse den neuen Mann als besonders geeignet erscheinen läßt, die Pläne der Scharfmacher zu verwirklichen, muß dahin gestellt bleiben. Fürs erste wird er jedenfalls stark auf die Anleitung des im Amte verbliebenen Statthalters angewiesen sein.

So begreiflich also auch das Mißtrauen der Elässer gegen den Herrn aus Potsdam ist und so selbstverständlich ihr Protest dagegen erscheint, daß man ihnen von außen eine landfremde Regierung aufdrängt, so wenig braucht befürchtet zu werden, daß der Graf v. Roedern nun der starke Mann nach den Wünschen der „Post“ wäre, der „schredlicher Entladungen“ fähig ist. Man braucht in Straßburg nicht vor ihm zu zittern, sondern man kann sich einstweilen mit den Worten des Dr. Curtius in der ersten Kammer beruhigen: keine Regierung werde sich auf die Dauer halten können, die es nicht versteht, sich auf das demokratisch gesinnte Elässertum zu stützen.

Wetterle zitiert Keim vor den Strafrichter.

Gegen den Vorsitzenden des Deutschen Wehrvereins, General Keim, hat der elsäß-lothringische Führer Abbe Wetterle Strafantrag wegen Verleumdung gestellt, die der Kläger in einem Artikel gefunden hat, den General Keim im „Tag“ veröffentlichte und der betitelt war: „Schwobe und Elässer“.

Die Hausdurchsuchungen in den Dresdener Zigarettenfabriken haben sich verhältnismäßig harmlos aufgeföhrt. Diese in 23 Zigarettenfabriken abgehaltenen polizeilichen Durchsuchungen sollen nämlich ergeben haben, daß etwa zwei Drittel der Fabriken sich des unlauteren Wettbewerbs schuldig machten. Gegen die Fabriken ist deshalb ein Verfahren eingeleitet. Die früheren Angaben über Geheimbünde und Beziehungen zum amerikanischen Tabaktrust scheinen demnach in den tatsächlichen Verhältnissen keinen Boden zu finden.

Steuerdrückeberger.

Der Generalparone des Wehrbeitragsgesetzes hat in Halle soviel Steuerdrückeberger zur ehrlichen Angabe ihres Vermögens und Einkommens veranlaßt, daß die Stadt künftig 300 000 M. mehr an Steuern einnehmen wird. Man ist in der honesten Gesellschaft Halles ganz überrascht, soviel Steuerdrückeberger unter sich zu haben.

Dresdener.

Die Preßsajaken der Zentrums- und konservativen Presse, zum Teil sogar auch der liberalen Presse, haben nicht Ruhe gelassen, bis sie endlich die genaue Höhe der Verbeßlichen Hinterlassenschaft herausgepreßt haben. Trotz aller Nichtigstellungen, trotz der ganz offiziellen Erklärung eines Mitgliedes des sozialdemokratischen Parteivorstandes, besah diese Gesellschaft die Schamlosigkeit, immer wieder und immer wieder die Behauptung aufzustellen, daß der Verbeßliche Nachlaß an die Millionen heranreiche oder noch darüber hinausgehe. Jetzt endlich hat der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Gen. Haase, der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Germania“ beistehend mitgeteilt, daß der Nachlaß Verbeßlichen nicht 995 000 Mark, sondern 305 000 M. betrage. Die „Germania“ drückt die Verächtlichkeit ab, hat aber kein Wort der Entschuldigung dafür, daß sie ungeachtet aller Nichtigstellungen und niedrigsten Motiven folgend, immer wieder ihren Gläubigen die Mär von der großen Hinterlassenschaft Verbeßlichen vorsetzte. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint verlegen, sie habe entgegenstehende Behauptungen nicht aufgestellt, sondern immer die entsprechenden Nachrichten anderer Zeitungen wiedergegeben. Die „Kreuzzeitung“ endlich aber, die von der Verächtlichkeit Notiz nimmt, sucht sich noch ein letztes Hintertürchen offen zu halten, indem sie auf eine Meldung einer ostpreußischen Zeitung verweist, laut deren Verbeßlicher im Jahre 1908 bei der Veranlagung zur preussischen Vermögenssteuer sein Vermögen selbst mit 684 000 Mark angegeben habe. „Wir warten ab“, schreibt das

„vornehme“ konservative Organ, „ob sich für den Widerspruch, der zwischen diesen beiden Angaben zu bestehen scheint, vielleicht eine Aufklärung findet.“

Allen anständigen Menschen ist auch diese Aufklärung längst gegeben worden; es ist seinerzeit mit aller Deutlichkeit dargelegt worden, daß Verbeßlicher als Firmenträger größerer Parteienternehmungen die Steuerdeklarationen machte und der Form nach Steuern entrichtete, nicht von Vermögen, das nicht ihm persönlich, sondern den Parteienternehmungen gehörte. Ob nun die reichsverbändlerischen Tintenfüßler die Hinterlassenschaft Verbeßlichen als unbrauchbar für ihre Zwecke beiseite lassen werden?

Im Kampf um die Seelen.

In den deutschen Kolonien sind evangelische und katholische Missionen gleicher Weise mit großem Eifer darauf bedacht, viele Seelen für ihre Kirche zu gewinnen. Daß dabei die beiderseitigen Missionen sich gelegentlich einmal in die Haare geraten und der Zivilverwaltung dann Schwierigkeiten bereiten, ist eine alte Klage, die bei der Beratung des Kolonialetat's immer von neuem wieder aufsteht. In der umfangreichen Denkschrift über die deutschen Schutzgebiete, die dem Reichstag zugegangen ist, wird z. B. aus Deutsch-Ostafrika folgendes berichtet:

„Unruhig wurden die Eingeborenen der Bezirke Fringa, Mahengi und Doboma dadurch, daß die protest. und kath. Missionen sich gegenseitig ihre Interessensphäre und ihr Arbeitsfeld streitig machten. Hierbei ergaben sich eine Reihe von Unzuträglichkeiten, die auf die Eingeborenen-Verhältnisse, wie auf die Entwicklung der Missionen selbst, ungünstig wirkten. Es steht zu befürchten, daß aus der Fortdauer solcher Differenzen der Islam den Hauptvorteil haben wird. Auch erscheint es nicht ausgeschlossen, daß es aus Anlaß der Missionszweckigkeiten zu direkten Friedenschörungen kommen kann.“

Von Interesse ist noch, daß die Sklaverei in Deutsch-Ostafrika noch immer nicht ausgerottet ist. Die Verwaltung gibt als Grund dafür an, daß die Schwierigkeiten für die Aufhebung der Sklaverei in einem nahen Termin darin zu suchen sei, daß sehr viele alte und franke Sklaven vorhanden sind, denen ihre Herren das Gnadengeld geben müssen und die anderfalls der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen würden. In dem Bericht wird auch zugegeben, daß immer noch Sklavenhandel im Schutzgebiet betrieben wird.

Zentrum und Geburtenrückgang.

Die neue Gewerbeordnungs-Novelle, die gegenwärtig von einer besonderen Kommission beraten wird, will neben einer Einschränkung des Hausierhandels auch den Handel mit Mitteln zur Verhütung der Empfängnis einschränken. Praktische Bedeutung in letzterer Hinsicht hätten die Vorschläge der Regierung in nur sehr beschränktem Maße, denn der Vertrieb solcher Mittel erfolgt zum wenigsten durch Hausierer. Das Zentrum will nun aber ganze Arbeit machen und hat der Kommission einen fertigen Gesetzentwurf unterbreitet. Der § 1 besagt:

„Der Bundesrat kann den Verkehr mit Gegenständen, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Beseitigung der Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder untersagen. Soweit der Bundesrat den Verkehr mit einzelnen Gegenständen untersagt hat, ist deren Einfuhr verboten.“

Diese Bestimmung ist dem Kurpfuschergesetz entnommen, das seinerzeit den Reichstag beschäftigt hat, aber nicht mehr zur Erledigung kam. Damals sollte auch die Kurpfuscherei unterdrückt werden. So sehr man mit einer wirklichen Bekämpfung der Kurpfuscherei einverstanden sein konnte, so sehr mußte man das Gesetz bekämpfen, weil es jede, nicht von einem approbierten Arzt ausgeübte Heilbehandlung zur strafwürdigen Kurpfuscherei stempelte. Der berühmte Orthopäde Professor Gessing in Bad Nissingen wäre nach diesem Gesetz Kurpfuschere gewesen. Das Zentrum wollte von dem Gesetz nichts wissen, weil es befürchtete, die Wallfahrten nach Lourdes und anderen „Gnadendörfern“ könnten unter das Gesetz fallen. Mit einem Verbot des Verkehrs mit Gegenständen, die zur Verhütung der Empfängnis dienen, war das Zentrum bereits damals einverstanden, aber das eine war nicht ohne das andere zu haben. Deshalb macht das Zentrum jetzt den Versuch, eine

Abänderung der Gewerbeordnung zu benutzen, um sein Ziel zu erreichen. Was sind nun aber Gegenstände, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Beseitigung der Schwangerschaft dienen? Abgesehen von einigen rein mechanisch wirkenden oder chemischen Präparaten dienen die meisten dieser Mittel auch anderen durchaus erlaubten Zwecken. Wie will man kontrollieren, zu welchem Zweck das verabreichte Mittel verwendet wird? Die öffentliche Anpreisung solcher Mittel wird sogar nach dem zentralistischen Gesetzentwurf mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bedroht. — Die Gelegenheits-Gesetzmacherei des Zentrums findet vermutlich in der Kommission keine Zustimmung, aber es ist anzunehmen, daß die Regierung einen Gesetzentwurf ausarbeiten wird, dessen Zweck es sein soll, dem Geburtenrückgang zu steuern. Dann wird ernstlich über die Sache zu reden sein.

Ausland.

Frankreich.

Der französische Parteitag.

Am dritten Kongreßtage wurde zunächst ein Vorschlagsantrag gegen Gen. Baskin, den Deputierten von Bas-de-Calais, behandelt, der im Parlament durch seine Abstimmung über das Gesetz der Alterspensionen der Vergleute die Vergleute in Bas-de-Calais begünstigt, die Vergleute der anderen Kohlenbezirke aber geschädigt haben soll. Man verlangt deshalb den Ausschluß Baskins aus der Partei, zumindest aber einen schwarzen Tadel. — Jaurès wies nach, daß es sich im Grunde genommen um eine gewerkschaftliche Angelegenheit handele. Auf seinen Antrag ging der Kongreß zur Tagesordnung über diese Angelegenheit über.

Hierauf wurde die Diskussion über das Wahlprogramm und die Wahlakt fortgesetzt. Genosse Poisson verlangt, daß man im Wahlprogramm auf seinen Fall die Frage der Reform des Wahlrechts veranschlagte. Lebas fordert eine vom Geiste der proletarischen Klasse getragene Propaganda. Bei dem zweiten Wahlgang hat allein das Interesse der Partei zu entscheiden. Auch die Redner der Nachmittags-Sitzung wünschten fast ausschließlich ein selbständiges Vorgehen der Partei und im zweiten Wahlgang Freiheit der Entscheidung der Föderationen, selbstständig unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeiterklasse und der Partei. Auch Genosse Marcel Sembat, dessen Rede mit großer Aufmerksamkeit und Spannung entgegen genommen wurde, erklärte sich als Gegner eines Modus vivendi. Der alte Modus habe Verwirrung gebracht, ein neuer Modus würde sie nicht minder bringen. Sembat meint allerdings, daß ein Unterschied zwischen den Gegnern zu machen sei. Die Föderationen sollen selbstständig für den zweiten Wahlgang entscheiden. Aber nur, nachdem sie sich mit dem Nationalrat der Partei in Verbindung gesetzt haben. Dadurch würde allen unliebsamen Vorkäufen begegnet.

Genosse Jaurès, welcher nach Sembat das Wort ergriff, gab in seiner den Höhepunkt der Debatte darstellenden Rede ein großes Gemälde der politischen Situation. Die Frage des Modus existiert nicht mehr. Auch Jaurès wird sich überzeugen haben, nach den einmütigen Ausführungen aller Redner, daß diese Frage erledigt ist. Niemand will ein Bündnis mit den bürgerlichen Parteien. Wir sind gegenwärtig im vollsten sozialen Konflikt. Jaurès behandelte alsdann die Frage der Wahlreform. Die Wahlreform darf unmöglich eine Brücke werden zu einem Handinhandgehen zwischen der sozialistischen Partei und der Merkanten und konservativen Reaktion. Die Wahlschlacht muß eine Schlacht des Sozialismus sein. In Wirklichkeit gibt es für uns nur einen Wahlgang und das ist der erste. Deshalb müssen wir eine kräftige sozialistische Aktion für den ersten Wahlgang entfalten. Wir müssen die Herzen und die Geister so fassen und erschüttern, daß der zweite Wahlgang nur die logische Folge des ersten ist, sobald unsere Wähler beim zweiten von selbst ihre Stimme nur den Kandidaten geben, die die meisten antimilitaristischen und antifiskalen Garantien bieten. Und das ist leicht. Die wirtschaftlichen Erscheinungen arbeiten für uns. Wir sind die einzige Partei, welche eine klare und reine Politik verfolgt. Theorie und Aktion der Partei sind untrennbar. Jaurès wandte sich alsdann unter stürmischem Beifall dem Militarismus zu. Im Kampfe gegen den Militarismus ziehen wir unsere Kraft aus dem sozialistischen Beel. Wir müssen dem Volke zeigen, daß es das Ziel der reaktionären Regierung ist, die Armee zu einer Waffe gegen den inneren Feind zu machen, nicht um Frankreich zu verteidigen. Für den Kapitalismus wirkt die Regierung. Wir müssen dem Volke klar machen, daß mit den ungeheuren Summen, die der Militarismus verschlingt, nicht die notwendigen Reformen, Werke der Solidarität und Menschlichkeit geschaffen werden, und daß es nur

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

12. September. Wir gehen langsam auf den Winter zu. Zimmer hatte ich gehofft, der September würde mich für das schlechte Wetter des Sommers entschädigen, aber ich habe vergebens gehofft.

Nun sind es schon wieder sieben Wochen, daß die Mutter ihr letztes Gnadengesuch an den Kaiser gerichtet hat, und immer noch keine Antwort! Es ist doch merkwürdig, wieviel Zeit sie da oben brauchen, um „nein“ zu sagen.

Die Späßen sind aus den Feldern, wo sie in der Sommerfrische waren, wieder zurückgekehrt, gerade wie die Menschen in den Städten. Als sie fort waren, hat eine Kirchhofsrube im Hof geherrschet; seit heute vormittag herrscht aber wieder Getümmel und Lärm dort unten. Wenn die Menschen alle so spektakeln wollten wie die kleinen Tiere, man würde sein eigenes Wort nicht mehr verstehen.

Gestern Abend stieß der Gefangene über mir ein furchtbar schauerliches Geheul aus, und unten im Parterre schrie und weinte ein anderer. „Der oben“ sagte der Aufseher, „simuliert die Wahnsinn, der andere weinte, weil er in Arrest gesteckt wurde“. In allen Zuchthäusern, wo ich jetzt war, ertönten von Zeit zu Zeit solche Weinen und Jammern. Und es gibt doch nichts Widerlicheres, als einen Mann der weint! — Jedesmal empfand ich es als Schande für unser ganzes Geschlecht. Frauen dürfen mit oder ohne Grund weinen: die Träne ist ja weibliches Geschlechts, — aber ein Mann, der unter den Rutenstreichen des Schicksals weint, — pfui!

22. September. Mutter und Schwester haben ihren Besuch angekündigt. Das letzte Gnadengesuch ist wieder glatt abgewiesen worden.

Seit Nacht habe ich lang zum Fenster hinausgeschaut. Ein einsamer Stern leuchtete am Himmel. Der Hof war matt erhellte von ein paar Gaslaternen, die im Vergleich zu den elektrischen Lichtern des Lehrter Bahnhofes wie Döllämpchen aussahen. Die erleuchteten Bäume kamen und gingen, die Lokomotiven fauchten und rauchten. Zu meiner Rechten lag der Flügel D. des Zuchthauses ernst und still in der Nacht da, wenn der erzählen könnte, wieviel Menschenelend er in fünfzig Jahren mit seinen Mauern umschlossen hat!

1. Oktober 1902. Ein neuer Monat! Wie oft habe ich mir im August gesagt, wenn es nur endlich Oktober wäre, dann wäre ich gerettet, dann würde ich ein anderer Mensch! Und jetzt, wie er da ist, der heißersehnte Oktober, finde ich nichts verändert: ich bin immer noch derselbe, immer noch gefangen, und das Ende ist noch so weit, so unerreichbar weit!

„Wenn nur erst Weihnachten wäre“ sage ich jetzt. Meine sechsundeinhalb Jahre lange Gefangenschaft sind mir nicht so lang geworden, wie diese fünf Monate, die noch vor mir liegen.

3. Oktober. Ein denkwürdiger Tag: ich habe den Besuch meiner Mutter und Schwester zum letzten Mal im Gefängnis gehabt. Endlich sind sie vorüber diese Besuche, die mich immer viel elender zurückließen, als ich vordem war. Gute tapfere Mutter, der diese Besuche das höchste Glück bedeuteten, und die schwachte, unaussprechlich schwachte in froher, fieberhafter Aufregung als wolle sie sich für die lange Entbehrung eines ganzen Jahres schadlos halten. „Mein Gott, schon!“ rief sie jedesmal erschrocken aus, wenn der Beamte das Zeichen zum Aufbruch gab. Und wirklich, eine halbe Stunde im Jahr ist ja auch nicht lang. Das Mutterherz schließt so unendlich viel mehr in sich, als es in einer halben Stunde ausgeben könnte. Die Schwester entfaltete wieder ihre gewohnte Kunst nur ja nicht meine Aufmerksamkeit über Gebühr auf sich abzulenken. Denn das tat der kleinen Mutter zu weh, die niemand, keinen Menschen auf der Welt, in dieser halben Stunde Anteil gönnen wollte an ihrem nunmehr fünf-

unddreißigjährigen Wabi. Diesmal hieß es beim Abschied: „Auf Wiedersehen in Paris!“ wo wir mit dem tiefsten Seufzer der Erleichterung sagen wollen: „Vorbei, vergessen!“

5. Oktober. Ein Fremder, der morgens zwischen fünf und sechs, oder nachmittags zwischen ein und zwei Uhr in ein preussisches Zuchthaus käme, wäre jedenfalls entsetzt über den fürchterlichen Geruch, der in allen Korridors herrscht, und würde, wenn er den Aufseher nach dem Grund fragte, die Antwort erhalten: „Es wird gekübelt“ d. h. die Latrine wird entleert. Bei sechshundert Menschen ist das keine Kleinigkeit und alles ist nicht poetisch auf dieser Welt. Frühmorgens stellt der Sträfling seinen hermetisch verschlossenen Kopf vor die Lüre. Der Ralfaktor ergreift ihn und schleppt ihn mit den anderen alle in die „Spülkelle“, wo sie in einen riesigen Blechbehälter entleert werden. Nachdem der ganze Korridor auf diese Weise „entküpft“ ist, wird der große Behälter vom Ralfaktor und seinen Gehilfen in den Hof transportiert und dort in ein größeres Reservoir, das auf einem Wagen steht, geleert. Es ist dies gewöhnlich das Fuhrwerk eines Gutsbesizers oder Bauern der Umgebung, der ein Willkommen mit der Verwaltung getroffen hat. Es ist ein gutes Geschäft, für den Bauern und für die Verwaltung, aber es ist einerlei, es — riecht furchtbar!

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Dienstag, 3. Febr. B. 36. „Der fliegende Holländer“, romantische Oper in 3 Akten von N. Wagner. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.  
Donnerstag, 5. Febr. A. 35. „Wallensteins Lager“, dramatisches Gedicht in 1 Akt von Schiller. — „Die Piccolomini“, Schauspiel in 4 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr. Ende nach 11 Uhr.  
Freitag, 6. Febr. C. 35. „Margarete“, große Oper mit Ballet in 5 Akten von Gounod. Anfang 7 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Samstag, 7. Febr. A. 36. „Wallensteins Tod“, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr. Ende nach 11 Uhr.

eine Rettung aus all dem gebe: den Sozialismus! Keine aus- drücklichen Formeln also, sondern Richtlinien wollen wir für die Wahlen geben. Jaurès schloß seine Rede mit dem Ausdruck der Freude, daß noch nie ein Kongreß in Frankreich so viel Arbeit geleistet und einen solchen Geist freier und brüderlicher Disziplin geoffenbart habe.

Am Mittwoch legte Jaurès im Namen der gewählten Re- sultationskommission dem Kongreß eine Resolution vor, die den Klassenkampf betont und entschieden den Bloß ablehnt. Freilich sei ein Unterschied zu machen zwischen den Parteien der Repu- blik. Der Nationalismus, der Militarismus, der Briandismus seien entschieden zu bekämpfen. Die Resolution beauftragt sie, dann noch mit dem Völkerverbünd und der deutsch-französi- schen Annäherung. — Die Resolution wurde unter großem Beifal- le einstimmig angenommen.

England.

Parteiing der englischen Arbeiterpartei.

Die Sitzung vom 28. Januar, die formell als erste Sitzung des Parteitag der britischen Arbeiterpartei gilt, wurde von dem Präsidenten der Arbeiterpartei, Genossen Fox, eröffnet. In seiner Eröffnungsrede betonte er die Notwendigkeit für die britischen Arbeiter, die Formen ihrer Organisationen zu ver- bessern; die große Zahl der kleinen Gewerkschaften müßte vor- allen Dingen sich verschmelzen. Sie müßten große Verbände nach Muster der deutschen Organisationen bilden. Politische und gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter müßten ständig zusammenarbeiten, ihre Verbindung sei so eng wie möglich zu gestalten. Im weiteren behandelte Genosse Fox die Frage des Landmonopols und der Grundbesitzreform. Auch die Frage der internationalen Kämpfe wird von ihm beleuchtet. Mit scharfen Worten geht er die im Interesse internationaler Kämpfe- firmen betriebene Verhinderung der Wähler. Der Parteitag spendet ihm bei diesen Worten stürmischen Beifall.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist eine Protestreso- lution gegen die brutale Politik der südafrikanischen Regierung gegen die letzten Streiks. Mac Donald begründet die Reso- lution, in der energisch gegen die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Aktion in Südafrika und gegen die Deportation der Gewerkschaftsführer protestiert wird. Die Resolution macht dem Gouverneur von Südafrika, Lord Gladstone für diese Vorgänge verantwortlich. Auf Antrag des Genossen Thorne wird ein Amendement in die Resolution aufgenommen, das die sofortige Abberufung des Gouverneurs verlangt. Die Debatte über die Resolution war kurz aber scharf. Alle Redner wandten sich mit großer Entrüstung gegen die Unterdrückung der Arbeiterorgani- sationen. Schließlich wurde die Resolution unter großer Begei- sterung einstimmig angenommen.

Es folgt dann eine Debatte über eine Protestresolution gegen Flottenrüstungen. Alle Redner, die zu dieser Angelegenheit sprachen, geißelten die wahnsinnige und verbrecherische Politik des britischen Reiches. Genosse Ben Tillet behauptete, die Regierung habe nur für 50 Prozent ihrer Schiffe die notwendigen Mann- schaften. Je mehr Schiffe gebaut würden, um so größer müßte das Defizit an Mannschaften werden, um so mehr, da die Löhne der Schiffsmannschaften ganz miserabel und viel niedriger seien, als beispielsweise in der amerikanischen Marine. Auch die Reso- lution gegen die Flottenrüstungen wurde einstimmig und unter Beifall angenommen.

Es folgen Begründungen des Parteitag durch das parla- mentarische Komitee der Gewerkschaften und durch Vertreter des Generalbundes der Gewerkschaften. Dann wurde berichtet, daß die Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaftsbewe- gung vorläufig noch ohne Ergebnis geblieben seien. Die Arbeit- erpartei sei aber jederzeit bereit, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. — Als erster Ort des nächsten Parteitag wurde Bristol gewählt.

Süd-Afrika.

Kriegsgericht in Südafrika. Mit beispielloser Brutalität hat die Regierung der englischen Kolonie Südafrika den Streit der Eisenbahner und den beginnenden Generalstreik unterdrückt. Alle Gefängnisse sind überfüllt und die Kriegsgerichte — der Belagerungszustand ist immer noch nicht aufgehoben — ent- fallen eine fieberhafte Tätigkeit, um dem Lande Ruhe — die Ruhe des Friedhofs — zu verschaffen. Ihrem jedem Gesetzohnsprechenden Vorgehen aber hat die Regierung durch die zwangsweise und im Geheimen durchgeführte Deportation von 10 der bekanntesten Arbeiterführer die Krone aufgelehnt. Ein Mit- glied der Arbeiterpartei im südafrikanischen Parlamente, das ebenfalls vom Kriegsgericht zu einem Monat Gefängnis verur- teilt worden war, weil er Streikende zum Ausmarsch im Streit aufgefordert haben sollte (!), mußte aber bald wieder freigelassen werden. In der Nacht vor seiner Entlassung hatte er bemerkt, daß mehrere mitgefahrene Genossen weggeschleppt wurden. Da er deren Deportation befürchtete, wandte er sich sofort an das Oberste Gericht, um gegen ein solch ungeheures Verbrechen der Regierung einen Einhaltsbefehl zu erwirken. Seine Anga- ben gegen den Richter zu einem solchen Schritte nicht. Die Verhandlung wurde daher auf den nächsten Tag verlagert und Polizeibeamte als Zeugen geladen. Diese gaben die Deportation an und erklärten, daß die 10 Arbeiterführer schon außerhalb des Machtbereichs des Landes seien. Darauf erklärte das Gericht, nichts mehr tun zu können, doch würde es den erbetenen Ein- haltsbefehl erteilen, wenn es im Besitze des Infor- mationsmaterials gewesen wäre. Allerdings könne auch das Gericht die Regierung nicht hindern, mit Gewalt ungeheuerliche Handlungen zu begehen.

Der Fall der 10 deportierten Arbeiterführer, die jetzt an Bord eines von der Regierung eigens dafür gedorterten Dampf- fers auf dem Wege nach England sich befinden, dürfte demnächst im südafrikanischen wie auch im englischen Parlamente Anlaß zu den heftigsten Zusammenstößen zwischen Arbeiterpartei und Regierung geben. Der soeben togende englische Parteitag hat eine energische Protestresolution gegen die Unterdrückung des Koalitionsrechtes in Südafrika angenommen und eine sofortige Unterdrückung der dortigen Vorfälle verlangt.

Amerika.

Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Die „Daily von Trade“ nach Berichten aus allen Teilen des Landes fest- stellt, waren von den 306 Hochöfen, die am 1. März 1913 in Be- trieb standen, anfangs Januar ds. Js. 123 außer Betrieb. Im Pittsbarger Bezirk, dem Hauptis der Eisenindustrie, arbeiten die großen Stahlwerke mit der Hälfte ihrer Arbeiter. Hunderttausende sind entlassen, desgleichen weit über 50 000 von den Automobilfabriken in Cleveland und Detroit. Im ganzen wird die Zahl der Arbeitslosen in der Eisenindustrie auf eine Million, ihr monatlicher Lohnverlust auf 50 Millionen Doll. ge- schätzt, die der arbeitslosen Bergleute auf 270 000 mit einer Lohnverluste von monatlich 12 Millionen. — Der Ausfall an der Produktion der Hochöfen stellt sich auf über 1 Million Ton- nen im Monat. Der ungeheure Niedergang im Eisen- und Stahlgeschäft ist eine der bemerkenswertesten Erscheinungen im Geschäftsleben der letzten 50 Jahre, schreibt das genannte Fach- blatt. — Nach dem „Appeal to Reason“ werden die Arbeitslosen in California auf rund 100 000, in Chicago ebenso hoch, in Pennsylvania auf 150 000 und in New York auf 200 000, im gan- zen der Union auf etwa 3 Millionen angenommen. Die „normale“ Zahl beträgt etwa eine Million, deren der Kapitalis- mus als Reservearmee benötigt.

Japan.

Unterdrückung der Pressefreiheit in Japan. Die japanische Junkerregierung, die bisher schon jede Regung der Arbeiterbe- wegung in brutalster Weise niedergehalten hat, geht auf ihrem Wege der Volkstrentrechtung rüstig weiter. Einige kürzlich ver- übte politische Attentate gaben den Anlaß. Als ein hoher Be- amter des Ministeriums des Äußeren umgebracht wurde, verbot der Staatsanwalt den Zeitungen, irgend etwas darüber zu ver- öffentlichen. Zugleich wurde eine Verordnung erlassen, die unter Erweiterung der beherrschenden Befugnisse die Strafen wegen Preisvergehen erheblich verschärfte. Zugleich wurden gegen 18 Zeitungen Geldstrafen von 200—500 Yen verhängt. Ein Yen ist etwas über 2 Mk., jedoch ist der Geldwert dort wesentlich höher, mithin die Strafen sehr erheblich. Die Leiter der Zei- tungen veranfaßten darauf eine Versammlung, in der sie heftigen Protest gegen das Vorgehen der Regierung erhoben und sich verpflichteten, energisch auf eine Abänderung des Preisge- setzes hinzuwirken.

Badischer Landtag.

Der Landtag setzte am Montag nachmittag die Gene- raldebatte über den Etat des Ministeriums des Innern fort. Der Minister Dr. Bodman nahm als erster Redner Gelegenheit, auf verschiedene ergangene Anträge der Abgeordneten in der ihm eigenen sachlichen Art und Weise einzugehen. Von allgemeinem Interesse ist die Ankün- digung der Regierung, daß für die Kinos Konzessions- zwang in Aussicht genommen ist. Der Kampf gegen die Mittel zur Empfängnisverhütung soll in verstärktem Maße aufgenommen werden. Zur Linderung der Woh- nungsnot sollen Staatsmittel nicht nur Staatsbeamten- und Staatsarbeitern zur Verfügung gestellt werden, auch die gemeinnützigen Baugenossenschaften sollen auf Staats- hilfe rechnen dürfen.

Eine politische Note bekam die Ministerrede, als er zu seinem Verhältnis zu den einzelnen Parteien zu spre- chen kam. Er billigt das Großblockabkommen nicht. Es sei widersinnig und gefährlich zugleich, einem gutgefinnten Patrioten zuzumuten, sozialdemokratisch zu wählen. Aus der Entwicklung der Großblockpolitik folgert der Minister das Zerreißen der nationalliberalen Partei und einen Zweiparteizustand, nämlich Zentrum und Sozialdemo- kratie. Der Minister fürchtet sowohl ein Anschwellen der Reaktion als auch eine Stärkung des Radikalismus. An- erkennen müßte er die nützliche parlamentarische Arbeits- gemeinschaft von Sozialdemokraten und Liberalen. Zu- schluß ritt der Minister den bekannten lendenloschen Gaul gegen unsere Partei, insofern er dieser ihren staats- gefährlichen Charakter vorhielt, um damit seine ableh- nende Stellung zur Sozialdemokratie zu rechtfertigen.

Nach der zum soundsovieltalen Male erfolgten „Ab- schlachtung“ unserer Partei nahm der Zentrumsabgeord- nete Kopf das Wort, um in der sattnam bekannten Breite und Ausführlichkeit die staatsgefährlichen Eigen- schaften der Römlinge in empfehlende Erinnerung zu bringen. Die Bemerkungen des Herrn Kopf riefen Herrn v. Bodman nochmals auf den Plan, der dann in bemer- kenswerter Weise den „Freiheitsbegriff“ des Zentrums illustrierte.

Nach den hochpolitischen Angriffen des Ministers ver- spricht die Debatte am Dienstag ein lebhaftes Gepräge anzunehmen. Gen. Kolb steht von uns auf der Red- nerliste.

22. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Mohrhaupt eröffnet die Sitzung um 4.20 Uhr. Im Regierungssitz: Minister v. Bodman und Kom- missäre.

Eingegangen sind Petitionen des Gemeinderats der Stadt Engen, zugleich namens der übrigen Beteiligten, um Erbauung einer normalspurigen Bahn von Engen über Ach- Tigelshagen-Lingen nach Nellingen mit Anschluß an die Bodensegütelbahn in Espatingen; der Stadtgemeinde Wofach um Einziehung in eine höhere Ortsklasse des Woh- nungseigentums; des Verbandes badischer Lokomotivbe- amten um Befreiung der Zustände in Entkommens- und An- staltungsstellen der Lokomotivbeamten; des Verbandes badischer Grund- und Hausbesitzervereine um Er- mäßigung der Verkehrssteuer; ferner ging ein Eingabe der deutschen Turnerschaft mit einer Denkschrift, die Berücksichtigung turnerischer Leistungen bei der Bewilligung von Vergünstigungen im Heeresdienst bet.

Fortssetzung der Generaldebatte über das Ministerium des Innern.

Minister v. Bodman äußert sich eingangs zu den vertrie- denen Einkunftsgruppen. Bezüglich des Wunsches des Abg. Kolb, die Einkommen bis 500 Mk. von der Gemeindefiskussteuer frei zu lassen, möchte ich bemerken, daß durch eine Entlastung der Steuerzahler in dieser Hinsicht die des Gemeindefiskus- rechts verlustig gehen. Man müßte daher auch gleichzeitig die Gemeindefiskusordnung abändern. Dies ist jedoch nicht erwünscht, da solche erst vor nicht langer Zeit geändert wurde. Der Abg. Kolb wünschte allerdings auch eine Umde- ckung der ganzen Gemeindeordnung und Aufhebung des Drei- klassenwahlrechts. Die an Stelle der heutigen Gemeindeord- nung angeregte Magistratsverwaltung wird von Plänen, wo- selbst sie eingeführt ist, auch nicht günstig beurteilt. Was die drei Klassen betrifft, so haben wir uns erst ja im Jahre 1910 auf diese geeinigt. Da ein Antrag hierzu vorliegt, so werden wir uns hierüber noch zu unterhalten haben. Ich kann jedoch heute schon darauf aufmerksam machen, daß ich im Jahre 1910 erklärte, daß mit der neuen Gemeindeordnung ein gewis- ser Abschlus erreicht sei, damit ich mich in Uebereinstim- mung mit der Mehrheit dieses und des anderen Hauses befinden, was auch die Worte des Abg. Dietrich, daß man sich in die neuen Gezecke einleben solle, bestätigt. Mit dem Gemeindefiskusge- setz werden wir uns bei der Revision des Gemeindefiskusge- setzes zu beschäftigen haben. Der Minister rechtfertigt die Maßnahmen und die Erweiterungen der Genarmen. Mit der Frage der Dienststrafen für die Genarmen beschäftigen wir uns ernstlich; ebenso wird die Frage der Titulatur erwohnen. Für die materielle Lage der Genarmen ist der Staat bereits eingetreten; in erster Linie kommen jedoch hierbei die Gemein- den in Betracht. Was die Kinos betrifft, so meine ich, daß heute noch durch die Konzessionspflicht manches erreicht werden kann. Ich halte deshalb den Konzessionszwang für erforderlich und wir werden unsere Stimmen im Bundesrat dahingehend in die Waagschale legen. Als zu weitgehend muß bezeichnet werden, daß die Films vor öffentlicher Aufführung der Poli- zei in nichtöffentlicher Aufführung vorgeführt werden. Was die von verschiedenen Herren gerügten Plakate betrifft, so er- gab sich hier eine verschiedene Auffassung zwischen dem Ministerium und dem Verwaltungsgerichtshof. Man muß in dieser Hinsicht eben eine strenge Zensur walten lassen. Auch auf dem Lande

müssen die Vorschriften über die Kinos genau gehandhabt wer- den. Kinder dürfen nur mit Eltern in die Kinovorstellungen gehen, was auch in der neuen Schulordnung aufgenommen wurde. Der Gedanke des Abg. Kolb, daß die Kinos in den Besitz der Städte überführt werden, ist beachtenswert. Zu bezweifeln ist jedoch, ob die Städte hierbei gute Geschäfte machen, da viel Leute die Kinos mit Sentationen vorziehen. Was die Klagen des Abg. Köhler über die Mittel zur Geburten- verhinderung betrifft, so instruierte ich hierüber erst vor kurzem die Bezirksämter dahingehend, daß sie diesen Umständen Auf- merksamkeit schenken sollen. Ebenso verfolge wir den Verkauf in den Freizeitanlagen. Weiner dieser Lage am hiesigen Plage vorgenommenen Razzia wurden 16 Uebertretungen fest- gestellt.

Was die Zwangserziehung betrifft, so sage ich nicht, daß eine konfessionelle Zwangserziehung dem Prinzip der Simultanschule widerspricht. Ich verkenne nicht die Bedeutung der Religion auf diesem Gebiete. Es handelt sich jedoch hier um ethisch-religiöse Gesichtspunkte, die aller Konfession gemeinsam sind. Die Kindererziehlichkeit hat sich in den letzten halb- hundert Jahren vermindert. Dem besagten Geburten- rückgang steht eine verringerte Säuglingssterblichkeit gegenüber. Noch mehr wird die Säuglingssterblichkeit abnehmen, wenn noch mehr auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge geschieht. Leider fehlt es an Geld. Der Abg. Wöttger mahnte auch zu einem Vor- gehen gegen die Schwindelaffen. Wir gingen gegen diese Affen schon vor, wo es nötig war, jedoch mehrere zusammenbrachen. Heute findet eine schärfere Aufsicht der Affen statt als früher, jedoch die Regierung ihr mögliches tut. Für die Krüppelfür- sorge treten wir je nach gewissen Voraussetzungen ein; man muß bei den verschiedenen Anstalten berücksichtigen, daß der Ausbau immer nur nach und nach erfolgen kann.

Der Herr Abg. Kolb gab mir die Note: guter Arbeiter, schlech- ter Politiker. Ähnlich werde ich von den anderen Parteien be- urteilt. (Heiterkeit.) Warum werde ich für einen schlechten Politiker gehalten? Die Nationalliberalen und der Abg. Kolb nannten mich so wegen meiner Stellung zur Verhältniswahl. Meine Stellung wurde als Mangel an Mut aufgefaßt. Dies trifft nicht zu. Ob es ein Mangel an Mut ist, wenn man seine Bedenken äußert gegen ein politisches Dogma, so lasse ich das dahingestellt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich verziehe auf diese Popularität, weil meine Bedenken überwiegen. Diese Frage ist nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine politische und eine Machtfrage. Daß sich die Regierung anders ausgesprochen hätte, wenn die Wahlen anders ausgefallen wären, weiß ich zurid. Man nennt mich von einer Seite gern einen Großblockminister. Ein Großblockminister ist ein Mann, der den Bloß der Linken billigt und nach den Wahlen sich auf diese Parteien stützt. Dies trifft auf mich nicht zu. Ich billige das

Großblockwahlkommen

nicht, weil dadurch viele Wähler gezwungen werden, ihre Stimme einer Partei zu geben, die unsere Gefühle für das Vaterland verletzt. Ich halte dies für widerwärtig und gefährlich. Deshalb, weil dadurch Wähler von den Nationalliberalen nach rechts oder nach links übergehen. Es wird dadurch das Bild von der Gefähr- lichkeit der Sozialdemokratie verwischt und es kann dadurch der Umstand eintreten, daß wir später nur noch zwei Parteien haben: Zentrum und Sozialdemokratie. Ich bekenne dabei nicht die Motive der Nationalliberalen und die Gefahr einer Mehrheit des Zentrums für die Freiheit. Ich halte jedoch den Weg der Nationalliberalen nicht für den richtigen, da man auch auf dem Wege der Arbeit zum Ziele kommen könnte. Wenn die Libe- ralen die Sozialdemokratie brauchen, so kann hierdurch eine Ab- hängigkeit eintreten. Denn die Geschichte lehrt uns, daß der Radikalismus mit der Zeit die Oberhand behält. Das Zusam- menarbeiten in der Kammer verstehe ich. Ich anerkenne die praktische Arbeit der Sozialdemokratie mit den Liberalen in der Kammer. Aber ich verwahre mich dagegen, mich auf eine Par- teikonstellation zu stützen. Zahlreiche Gesetze sind gemeinsam von allen Parteien geschaffen worden. Ich bemühte mich, die Gesetze unter gemeinsamer Mitwirkung zu schaffen. So ergibt sich von selbst die Stellung der Regierung über den Parteien. Ich bin ein liberaler Mann. Ich gehörte der nationalliberalen Partei an und werde jetzt, wo mein Leben zur Neige geht, nicht nach rechts abzuweichen. Ich halte es jedoch für eine schwere Belegung, wenn behauptet wird, daß ein Minister den Parteien mit anderer Ueberzeugung als der seinen, entgegentritt. Ich habe Ihre dies- bezüglichen Vorwürfe (zum Zentrum) als einen schweren Vor- wurf gegen meine Ehre empfunden. Ich begrüße es, daß Abg. Kolb sagte: Wir stehen auf dem Boden der Verfassung. Ich an- erkenne auch die praktische Arbeit der Sozialdemokratie. Ihre Stellung zur Revolution, zur Monarchie und überhaupt ihre Ziele werfen die Frage auf, ob sich ihre Ideale im Rahmen der Verfassung verwirklichen lassen. Im „Vorwärts“ vom Oktober wird zum Beispiel gesagt, daß Reform und Revolution sich gegen- seitig nicht ausschließen. Auch der „Vollstrecker“ hat dieses Jahr bei Besprechung des Verhaltens des Kronprinzen gesagt, daß dies Verhalten die Entmonarchisierung der Massen fördert. Dies zeigt, daß auch beim Revisionismus das Streben gegen die Monarchie gerichtet ist und nur der Weg ein anderer ist. Wenn der Landtag eröffnet wird, bleiben Sie (zu den Sozialdemo- kraten) weg; Sie stimmen gegen die Zivilliste und gegen das Bud- get. Und wenn Sie dafür stimmen, werden Sie von Ihrer Par- tei gerüffelt. Durch Ihre Stellung zu Heer, Krieg und Vaterland setzen Sie sich in Widerspruch mit den Gefühlen des Volkes und dessen Gefühle für das Vaterland. Bei der Marokkofrage mach- ten Sie Front gegen die Regierung. Deshalb unterseide ich nach wie vor zwischen den Bestrebungen, die Sie betätigen zur Hebung des 4. Standes und ihren anderen politischen und wirt- schaftlichen Zielen. Ihre politischen Endziele, die Bekämpfung der modernen Monarchie, des heutigen Staates, die Herrschaft des vierten Standes sind negativer Art. Diesen Zielen muß eine monarchische Regierung entgegengetreten. Mit welchen Waffen? Mit geistigen. Dies tat die „Karlsruher Zeitung“. (Abg. Kolb: Ein schöner Geist!) Die Artikel der „Karlsruher Zeitung“ werden von sehr hochstehenden Leuten geschrieben. Die Artikel der „Karlsruher Zeitung“ gegen die Sozialdemokratie waren nicht geistlos. Sie konnten auch nicht geistlos sein, weil sie von sehr hochstehenden Leuten geschrieben wurden. Ich habe sie nicht geschrieben. (Heiterkeit.) Es ist nicht richtig, daß die Regierung in ihrem Verhalten zur Sozialdemokratie die Verfassung verletzt. Das Verbot des Bezirksamtes gegen das Tragen der roten Fahnen beim Karlsruher Sängertag bezog sich lediglich auf rote Demonstrationen. Im übrigen sind die roten Fahnen des Auf- rufes sind. Das Umhertragen von roten Demonstrationen ist ein ordnungswidriger Zustand. In diesem Sinne habe ich die Bezirksämter instruiert. Beim Verbot des Karlsruher Stab- rats bedurfte es nicht einmal erst des Flugblattes; der „Voll- strecker“ brachte bereits zuvor einen Artikel, aus dem der Charak- ter der Veranstaltung hervorging. Die Haltung des Stadtrats halte ich für durchaus richtig. Weiter behauptete der Abg. Kolb, daß wir die sozialdemokratischen Bezirksräte nicht akzeptiert hätten. Die Stelle, die die Bezirksräte vor schlägt, hat uns keinen Sozialdemokraten vorgeschlagen. Ich gestehe jedoch ganz offen, daß wenn bei den Vorschlägen des Kreispräsidenten Sozial- demokraten gewesen wären, wir sie nicht ausgenommen hät- ten. Nach dem, was ich vorhin gesagt hatte, halte ich einen Sozialdemokraten hierfür nicht geeignet. Ich stelle damit die Sozialdemokratie nicht außerhalb der Verfassung, sondern hand- le nach bestem Gewissen. Bei dem Aufzug in Redarau ging das Verbot in Ordnung und außerdem wurden keine Redemittel

dagegen ergriffen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß sich die Sozialdemokratie nicht durchsetzt, sondern daß sie überwunden wird durch die Gerechtigkeit und den gesunden Sinn des Volkes, und wenn sie die Gerechtigkeit verlegt, durch die Machtmittel des Staates.

Abg. Kopf (Zentr.) äußert sich zur Frage der Gemeindefinanzen. Eine Herabsetzung der Gemeindefinanzen wäre für manche Gemeinden verheerend. Wenn die Leute unter 900 M. steuerfrei würden, so würden die Steuerlasten einigen Leuten aufgebürdet werden. Wenn der Minister konfessionelle Zwangserschulungsanstalten ablehnt, so möchte ich auf Preußen verweisen. Das V.G.B. will konfessionelle Erziehung bei Zwangsangehörigen. Die Schattenseite der Simultanerziehung besteht darin, daß der Lehrer nicht von den Erziehungsmitteln der Religion Gebrauch machen kann. Eine religiöse Erziehung ist bei der simultanen Erziehung nicht möglich. (Abg. Kolb: Schließlich verlangen Sie noch katholische Universitäten.) Das wollen wir nicht. (Abg. Kolb: Oesterreich.) In Oesterreich wurde dies aus privaten Mitteln verlangt. Von den Abg. Beneden und Kolb wurde es auffällig gefunden, daß wir die Tätigkeit des Ministeriums des Innern anerkannt haben. Ich sagte diesmal das gleiche wie früher. Wir haben unsere Haltung nicht geändert. Was das Proportionalwahlrecht betrifft, so erklären wir nirgends, daß wir uns dagegen wenden. Der Abg. Behner erklärte nur, daß das Proportionalwahlrecht Mängel habe, als Gegner bekannnten wir uns nicht. Wir haben uns darüber noch nicht ausgesprochen. Wir anerkennen, daß das Proportionalwahlrecht das gerechteste Wahlrecht ist und daß es sich überall als gut erwiesen hat. Auf dem letzten Landtag stellten wir den Antrag auf Einführung des Proportionalwahlrechts in den großen Städten. Wenn Sie das einführen wollen, so ist es uns recht. (Weiterkeit.) In Kreisen mit gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen ist das Proportionalwahlrecht gut. Ein Hauptbedenken ist, daß die persönliche Fühlung zwischen Wähler und Abgeordneten beim Proportionalwahlrecht fehlt. Ihr (zur Linken) Anlauf, das Proportionalwahlrecht in den Mittelpunkt der Wahlplagiation zu stellen, war verfehlt. Man sollte an derartige Fragen sachlich herantreten. Das flache Land würde durch das Proportionalwahlrecht benachteiligt. Man muß daher zwischen großen Industriegebieten und dem flachen Lande unterscheiden, wenn man die Frage des Verhältniswahlrechts praktisch lösen will. Wir haben über das Verhältniswahlrecht nicht mit dem Minister gesprochen und alle Mutmaßungen hierüber sind hinfällig. Es ist so kurze Zeit her, daß wir eine Verfassungsänderung vornahmen, daß man aus Achtung vor der Verfassung von einer Neuaufrollung solcher Fragen absehen sollte. Es schadet daher nichts, wenn noch zwei oder vier Jahre gewartet würde. Was die Volkspartei betrifft, so glaube ich, daß sie im Falle der Einführung des Proportionalwahlrechts ihr blaues Wunder erleben würde. Sie würden noch kleiner werden als jetzt, wo sie Feldherren ohne Heer hatten. (Weiterkeit.) In Frankreich wird seit Jahren an dem Proporz gearbeitet, ohne daß er bis jetzt eingeführt wurde. Die Bedenken sind daher wohl beachtenswert. Soweit sich der Herr Minister heute mit dem Großblock und der Sozialdemokratie beschäftigt, so habe ich hieran nichts auszusagen und unterbreite alles. Wir bekämpften die Nationalliberalen früher, weil sie einen allmächtigen Einfluß hatten, heute ist es anders. Eine Radikalisierung unseres Volkes bebauern wir. Deshalb haben wir zur Sammlung gerufen. Aus diesem Grunde unterstützen wir jetzt eben nationalliberale Kandidaten. Sie (zur Linken) haben zwar die Mehrheit, aber Sie haben keinen Großblock. Ein Fortschreiten der Radikalisierung unseres Volkes wäre ein Unglück. Wenn die Nationalliberalen so fortmachen in der Politik, werden sie bei der nächsten Wahl eine ganz ungeheure Dezimierung erfahren. Zutreffend wandte sich der Minister gegen den Abg. Kolb, der sich beklagte, weil seine Parteigenossen nicht gleichberechtigt behandelt werden. Ein monarchischer Staat kann die Sozialdemokratie nicht als gleichberechtigt behandeln. Ich protestiere dagegen, daß der Minister sagte, daß eine Mehrheit unserer Partei die Freiheit bedrohe. Unsere Partei kann sich mit der nationalliberalen Partei an der Freiheit messen. Dies beweist die Stellung der Nationalliberalen zur Kloster- und Jesuitenfrage. Es muß hervorgehoben werden, daß die Sozialdemokraten und ein Teil der Fortschrittler in dieser Hinsicht liberal sind. Wir verlangen keine Sonderrechte für unsere Religion. Wir nehmen auch zu andern Konfessionen eine freireligiöse Standpunkt ein. Ich muß die Verantwortung für die Angriffe auf den Minister des Innern ablehnen. Für die Angriffe in der Presse kann keine Partei die Verantwortung übernehmen. Die Ausführungen des Ministers über die großartige Bewegung sind gegen die heutige Staatsordnung ausgerichtet worden. (Zwischenruf links: Von Ihrer Presse.) Wir machen dem Minister nie Vorwürfe über parteiliches Verhalten. Wir halten immer den Eindruck, daß der Minister von strengem Gerechtigkeitsgefühl geleitet wird. Die Situation ist jedenfalls insofern geklärt worden, daß wir eine Abgrenzung an den Großblock, an die Radikalisierung des Volkes, an die Sozialdemokratie haben; sie wurde aber nicht geklärt und gegenüber. Die positive christliche Weltanschauung steht nicht im Gegensatz zum Staat. (Beifall im Zentrum.) Minister v. Hofmann: Ich nehme die Erklärung des Abg. Kopf gerne entgegen, daß seine Partei nicht für die Presseangriffe verantwortlich sei. Ich dachte vor allem an die Broschüre des Geistl. Rats Wacker, die mit Beugung des Rechts und andere Dinge vorwarf. Hiergegen muß ich mich entschieden verwahren. Bei den in dieser Broschüre genannten Versammlungen von Liebsfried und Luxemburg konnte nicht eingeschritten werden, da nichts Ungeheures gesprochen wurde. Bei der Anstellung der Assessoren fragte ich nie nach der politischen Gesinnung, sondern nach der Tüchtigkeit derselben. Ich habe in meiner heutigen Rede gesagt, daß mit einer Zunahme des Zentrums eine Gefahr für die Freiheit kommen kann. Dies beweist die Geschichte, die Vorgänge in anderen Ländern usw. Ich erkläre vor allem eine Gefahr in der vom Zentrum betriebenen Konfessionalisierung. Ich erkläre weiter eine Gefahr darin, daß Sie es zu einer Gewissenspflicht machen, daß ein Katholik Ihre Partei wählen muß. Sie machen die ewige Glückseligkeit von der politischen Ueberzeugung abhängig. Dies kann ich aus meinen Erfahrungen bestätigen. Ich möchte ich voll frei und selbständig und nicht bevormundet sehen. Deshalb bedeutet Ihr Verhalten eine Gefahr. Ich muß aus diesem Grunde auch die politische Tätigkeit der Geistlichen ablehnen. Eine Jurisdiktion der Geistlichen auf politischem Gebiete wäre zu begrüßen und es wäre zu wünschen, wenn sie dafür auf anderen Gebieten ihre segensreiche Tätigkeit entfalten würden.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 9 1/2 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Generaldebatte über das Ministerium des Innern.

Schluß der Sitzung 1/2 1/2 Uhr.

### Badische Politik.

#### Die sozialdemokratische Interpellation

über die Handhabung der Kommandogewalt in Baden ist befreudenerweise immer noch nicht beantwortet worden. Die Regierungen von Bayern und Württemberg haben durch die bekannnten Erklärungen die Bevölkerung über die Rechtslage unterrichtet und dadurch Verhütung geschaffen. Nur das badische Ministerium hat sich noch nicht dazu aufraffen können, seine Stellung zu dieser wichtigen Frage bekanntzugeben. Die Deffen-

lichkeit muß diese Verzögerung der dringlichen Angelegenheit als unbegreiflich empfinden und der Verdacht liegt nahe, daß wieder einmal aus Rücksicht auf Berliner Wünsche badische Landesinteressen nicht mit der nötigen Entschiedenheit gewahrt werden. Wir nehmen an, daß unsere Landtagsfraktion Mittel finden wird, eine weitere Verschleppung der Sache zu verhindern.

#### Der Protest gegen die Wahl Schöpfles.

Nach Mitteilungen des „Landmann“ in Ettlingen sollen die Erhebungen nur eine Ungeregeltheit ergeben haben. Festgestellt durch die amtlichen Erhebungen ist, daß zwei Wähler gewählt haben, die die badische Staatsangehörigkeit nicht besitzen. Diese beiden Stimmen genügen aber zur Ungültigkeitserklärung der Wahl Schöpfles, außerdem liegen noch „einige nicht einwandfreie Begebenheiten“ vor, die in der Wahlprüfungskommission nachgeprüft werden.

#### Die Vaterlandsliebe der Besitzenden.

Die anlässlich der Etatsberatung von Gen. Dr. Franke ausgesprochene Hoffnung, daß die nächsten paar Jahre dem badischen Staat Ueberflüsse bringen werden, hängt bereits insofern sich zu bestätigen an, als die Tatsachen bestätigen, daß bei den Landessteuerkassen durch die Fattierung des Wehrbeitrags ganz erhebliche Beträge über das hinaus einkommen werden, was an sich berechnet worden ist. Wie gestern schon mitgeteilt, hat der Finanzminister in der Budgetkommission des Landtags erklärt, der Generalparade habe große Wirkungen gezeitigt und die Steuerkommissare seien von dem teilweise großen Vermögenszuwachs förmlich über-rascht. Inwiefern diese neudeliarisierten Vermögen auf einem plötzlichen „Zuwachs“ beruhen, läßt sich natürlich schwer feststellen. Jedenfalls beweisen jedoch die Ergebnisse, wie nötig es ist, den Steuerfaktoren der Besitzenden auf die Finger zu sehen, wie es mit der opferwilligen Vaterlandsliebe der Besitzenden bestellt ist, wenn es sich um ihr Portemonnaie dreht, ohne daß der Zwang vorhanden ist und wie gut schließlich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tat, energisch für diese Art der Deckung der letzten Militärvorlage einzutreten.

#### Mittelstandspolitisch.

In den beiden Tageblättern liberaler und ultramontaner Observanz ist in der Besprechung eine gleichlautende Klage darüber erschienen, daß das Offenburger städtische Tiefbauamt bei seinen Asphaltarbeiten städtische Arbeiter benutzte, die Mühren zur Kanalisation selber ankaufte, statt mit den Arbeiten Offenburger Unternehmer zu beauftragen. Wir möchten nun hören, wie der militärfreudige Mittelständler zu dem neuesten Kundschreiben des badischen Schwarzwaldbereichs-Vorstandes an seine Sektionen stellt, worin letztere zu einer Beachtung folgender Offerten eingeladen werden:

Das Ulmer Pionerbataillon Nr. 18 bietet sich an, zur Ausbildung seiner Mannschaften für den Schwarzwaldbereich künftig alle Wege, Brücken, Blockhäuser, Ausschüttungen usw. herzustellen. Die Kosten für Material, Verpflegung und Unterkunft der Mannschaften werden durch Vermittlung des Bataillonskommandos von den Behörden getragen. Bekanntlich hat bisher der Schwarzwaldbereich aus seinen Sektionsklassen viele Löhne an die Waldarbeiter und große Summen für Bauten an die Geschäfte und Leute ausgegeben. Nun treibt er „Mittelstandspolitik“ mit Hilfe... des Militarismus.

### Kommunalpolitik.

\* Kurze Anfragen auch in Mannheim. Auf Anregung des Stadtvorstandes hat der Stadtrat von Mannheim beschlossen, neben den Interpellationen auch sogenannte „kurze Anfragen“ bei den Bürgerausschüssen zuzulassen. Diese „kurze Anfragen“ hat bekanntlich auch der Karlsruher Stadtrat eingeführt.

\* Ein Antrag auf völlige Sonntagsruhe vor dem Stadtrat in Mannheim. Die kaufmännischen Verbände und Vereine Mannheims haben beim Stadtrat den Antrag auf völligen Schluß der öffentlichen Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen, also auch völlige Sonntagsruhe mit Ausnahme der beiden letzten Sonntage vor Weihnachten, gestellt. Weiterhin soll den im Bedürfnisgewerbe beschäftigten Handlungsgehilfen und Bediensteten die Freilassung an jedem zweiten Sonntag durch Ortsstatut verbürgt werden. Mit Rücksicht darauf, daß dem Reichstag ein Entwurf eines Gesetzes über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vorliegt, hat der Stadtrat beschlossen, die Angelegenheit vorläufig zurückzustellen.

\* Verband der badischen Vergtragsorte. In einer Versammlung, die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Wetstein in Weinheim stattfand, wurde einstimmig beschlossen, einen Verband der badischen Vergtragsorte als selbständige Organisation zu gründen. In den Vorhand wurden Bürgermeister Wetstein und Stadtrat Karl Jüngst, als Vessiger die Bürgermeister der beteiligten Gemeinden gewählt. Als Mindestgrenze für die Beitragshöhe wird ein Fennig pro Kopf der Bevölkerung der beitretenden Gemeinde festgesetzt. Ihren Beitritt zu erklären und die Zustimmung des betreffenden Gemeinderats, die Bürgermeister der Vergtragsorte, Schriesheim, Heddesheim, Hemsbach, Großsachsen, Sulzbach, Reutershausen, Gorchheim, Birkenau, Trösel, Ober- und Untersteinbach, Waldmühlbach, Laugenbach. Schließlich wurde einstimmig die Resolution gefaßt, dahin zu streben, daß im Anschlusse an die elektrische Bahn Mannheim-Weinheim der Ausbau der elektrischen Bahn Heidelberg-Weinheim sowie Mannheim-Laubenbach und Weinheim-Trösel verwirklicht werde.

\* Stadtvorordnetenwahlen. Am Freitag wurde in Kiel bei der Ersatzwahl zum Stadtvorordnetenkollegium, die durch den Tod eines bürgerlichen Abgeordneten veranlaßt worden war, ein Sozialdemokrat gewählt. Nummeke ist die sozialdemokratische Rathausfraktion in Kiel wieder so stark wie die bürgerliche; jede dieser Fraktionen zählt 9 Mitglieder. — Der Protest, der gegen die Mainzer Stadtvorordnetenwahlen eingelegt worden war, die 1 Sozialdemokraten mehr ins Stadtparlament bringen, ist vom Kreisauschuß als unbegründet zurückgewiesen worden.

### Neues vom Tage.

Auf dem Gise eingefahren. Straßburg (Els.), 2. Febr. Auf dem Gise des Umleitungs-kanaals vor dem Bürgerhospital drohen gestern nachmittag zwei spielende Kinder, zwei Mädchen von 14 und 12 Jahren ein und extranden. Die sofort von Uferposten unternommenen Rettungsversuche konnten nicht durchgeführt werden, da die ret-

tungsbereiten Leute durch die Eisdecke brachen und aus der kalten Flut gezogen werden mußten.

#### Explosionsunglück.

Leipzig, 2. Febr. In der vergangenen Nacht kurz vor 12 Uhr ereignete sich im Gebäude des deutschen Buchhändlerhauses in der Hospitalstraße eine schwere Gasexplosion. Als einige Küchenangestellte des Restaurants Gutenberg-Keller sich zur Ruhe begeben wollten, bemerkten sie im Untergeschoß starken Gasgeruch, dem sie nachgingen. Als sie das Untergeschoß mit einer brennenden Lampe betraten, erfolgte die Explosion. Eine mächtige Stichflamme brachten den Eindringenden Brandwunden bei und schlug bis in die Parterreräume empor. Insgesamt wurden vier Personen schwer und eine leichter verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Kellerräume bieten das Bild einer entsetzlichen Verwüstung. Fast sämtliche Fensterhöfen des Restaurants und der in der Nähe gelegenen Grundstücke gingen in Trümmer, ebenso die Schaufenster einiger Läden. Die Feuerwehr war alsbald zur Stelle und unterdrückte den ausgebrochenen Brand. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus geschafft. Die Bodenerditterung war so stark, daß die im oberen Saale tangenden Baare zu Boden stürzten. Das Unglück soll dadurch entstanden sein, daß der Gasdruckregler, der sich im Souterrain befand, unrichtig geworden war und eine große Menge Gas hatte einströmen lassen. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich angeammelt. Das auswärts vorbereitete Gerücht, daß ein Teil des Gebäudes eingestürzt sei, trifft nicht zu.

#### Die Frau eines Staatsanwalts verhaftet.

Berlin, 31. Jan. Wie die „B. Z. am Montag“ aus Stottbus meldet, ist dort in den letzten Tagen die Gattin des Staatsanwalts beim Stottbusser Landgericht, Frau Hedwig Ahrens, unter dem Verdachte des Betrugs, der Urkundenfälschung und des Meineides verhaftet worden. Frau Ahrens war vor ihrer Verschließung unter dem Namen eines Fräulein Franke als Prokuristin bei der Firma Leo Schiffmann tätig und sie soll eine der treibenden Kräfte bei den Schieberereien und Betrugsereien gewesen sein, die sich der jetzt in Moabit in Haft befindliche Schiffmann auszubilden kommen ließ. Nach der Flucht Schiffmanns verschwand auch die Prokuristin, die — wie sich jetzt herausstellt — mit der Frau des Staatsanwalts identisch ist. Frau Ahrens wurde in das Untersuchungsgefängnis übergeführt. Zugleich wurden in derselben Angelegenheit bei einem Berliner Rechtsanwalt, Aerzten und zwei Berliner Bankkassieren Haus-suchungen abgehalten.

#### Die Bestattung der Opfer auf Seebe Achenbach.

Dortmund, 2. Febr. Heute nachmittag wurden die 22 Opfer der Grubenkatastrophe auf Seebe Achenbach unter riefiger Teilnahme der Bevölkerung und der offiziellen Organe zur letzten Ruhe befhattet. Im Trauerzuge befanden sich u. a. der Oberpräsident der Provinz Westfalen, der Regierungspräsident von Arnsberg, die Söhne der Verstorbenen, die Säupter des Landkreises und der Stadt Dortmund, die Beamten der Seebe-Minister Achenbach, ein großer Teil der Belegschaft und auch zahlreiche Mitglieder der Familie Stumm, der die Seebe gehört, u. a. Generalleutnant Greflens von Schubert, Gesandter von Stumm und Major a. D. von Stumm.

#### Ueberfall auf einen Eisenbahnzug.

Paris, 1. Febr. Ein kaum glaublicher Ueberfall, der die Erinnerung an manche verwegene Räuberthat der Indianer wachruft, ist gestern auf einen Eisenbahnzug verübt worden. Ein von Mons nach La Louviere fahrender Güterzug entgleiste in der Nähe des Bahnhofes Thieu, da Verbrecher schwere Steine auf die Schienen geworfen hatten. In dem Augenblick, als das Zugpersonal den Schaden und die Hindernisse auf der Strecke zu beseitigen suchte, stürzte eine Anzahl bewaffneter Verbrecher auf die Güterwagen los und plünderten den gesamten Inhalt, indem sie das Zugpersonal mit vorgehaltenen Revolvern in Schach hielten. Die sofort aufgenommene Verfolgung verlief ergebnislos.

#### Aussehen erregende Verhaftungen.

Paris, 1. Febr. Die Pariser Polizei hat gestern erneut zwei Verhaftungen vorgenommen, die in der Pariser Finanzwelt das allergrößte Aufsehen hervorgerufen. Der Direktor der französischen Bank in der Rue de Rome, Meunier, wurde auf Anzeigen mehrerer Kunden hin in Haft genommen. Unter den Geschädigten befindet sich auch die Gräfin von Launay, Tochter der Barons von Courcelles. Sie erklärte, um ca. 30 Millionen geschädigt zu sein. Meunier rief der Gräfin u. a. zum Anlauf von Aktien einer Untergrundbahn-Gesellschaft in Barcelona, die sich bei späterem Verkauf als wertlos erwiesen. Der andere verhaftete Finanzmann ist der Bankier Lecomte, der das Bankgeschäft Lecomte u. Co. in der Rue de Beaumour inne hat. Es soll Lecomte gelungen sein, für über 30 Millionen wertloser Aktien bei seiner Kundschaft, die sich hauptsächlich aus der französischen Geisteswelt zusammensetzte, unterzubringen. Unter den 20 gegen Lecomte eingelauften Anzeigen befinden sich zehn von Bischöfen und zwei von Erzbischofen. Der Kampagnon Lecomtes, der elstfährliche Ingenieur Klotz, der seine völlige Liquidität an allen betrügerischen Transaktionen Lecomtes nachweisen konnte, verliert etwa 200 000 Franken.

#### Schiffsunfälle.

London, 1. Febr. Der Hamburger Viermaster „Dera“, der mit einer Mitralion auf Rifagua kam, lief um Mitternacht bei Portcathoe (Cornwall) auf Rellen auf. Ein Rettungsboot wurde zu Wasser gelassen, schlug aber um. 8 Mann gelang es, das Schiff wieder zu erreichen. Sie klammerten sich eine Zeitlang an der Warstange an, 3 wurden von einer ungeheuren Welle hinweggeschwemmt. Die 5 übrigen wurden durch das Rettungsboot nach Talmouth gebracht.

#### Zum Untergang des „Montroo“.

Newport, 1. Febr. Die hiesigen Zeitungen veröffentlichen erschütternde Einzelheiten über die Vorfälle, die sich bei dem Untergang des „Montroo“ ereignet haben. Nach der Erzählung getretter Passagiere sind einige von ihnen unter den eigenartigen Umständen dem Tode entgangen. Ein Heizer befand sich im Momente des Zusammenstoßes im Maschinenraumes des Dampfers, als er plötzlich die Wand des Maschinenraumes sich aufriss und das ungeheure Bug des „Montroo“ über seinem Haupte erblickte. Nachdem die Maschinen des „Montroo“ rückwärts zu arbeiten begonnen hatten, sprang er durch eine Oefse ins Wasser und wurde gerettet. In den Rettungsbooten spielten sich die ergreifendsten Szenen ab. Ein Regier war vor Schreck wahnsinnig geworden und klammerte sich an ein junges Mädchen an, das er ins kalte Element hinabzuziehen versuchte. Man mußte mit einem Hammer auf ihn losschlagen, bis er benimmungslos wurde und seine Beute losließ. Ein anderer Regier schnitt sich auf dem Deck des sinkenden „Montroo“ mit einem Taschenmesser den Hals durch. Die amerikanische Schauspielerin Jabeland wurde wahnsinnig und mußte in Norfolk ins Hospital gebracht werden. Sie sprach unaufhörlich in wirren Redensarten von den furchtbaren Ereignissen, die sie beim Schiffbruch durchlebte hat. Nach allgemeiner Ansicht werden die wachabenden Offiziere des „Montroo“ für die Katastrophe verantwortlich gemacht. Den Verichten der überlebenden Offiziere des „Montroo“ nach erwiderte der „Montroo“ die Zeichen des eigenen Schiffes nicht. Außerdem ist festgestellt, daß der „Montroo“ nicht dieselbe Richtung einnahm wie der „Montroo“, sondern er verfuhr, durch erhöhte Schnelligkeit den vor ihm fahrenden „Montroo“ zu überholen. Die dabei entfaltete Schnelligkeit war bedeutend höher, als sie sonst die Dampfer bei diesem Rebel zu entwickeln pflegen. Die Zahl der Toten wird von dem Büro der „Old Dominion Company“ auf 40 angegeben. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß noch einige Ueberlebende in den Hospitälern sterben werden, da sich die meisten in einem bedenklichen Zustande völliger Erschöpfung befinden.

### Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

**Wähler! Auf die Schanzen, wer bis jetzt sein Wahlrecht noch nicht ausgeübt, der tue es unverzüglich. Es kommt auf jede einzelne Stimme an. Nicht dem Zentrum und den Nationalliberalen eure Stimmen, sondern nur der wahren Volkspartei, der Sozialdemokratie!**

Die Wählerversammlungen in Ulm und Aphenweier in denen der Abg. Noesch namens der Sozialdemokratie sprach, waren sehr gut besucht, trotzdem gleichzeitig die gegnerischen Parteien ebenfalls Heerschau abhielten. Das Automobil der Liberalen und des Zentrums spielt in diesem Wahlkampf eine große Rolle — auch eine Wahlneugier auf dem Lande.

### Aus dem Lande.

**Durlach.** — Auf den Frauenleseabend, der morgen Mittwoch abend im „Schwanen“ stattfindet, möchten wir unsere Parteigenossinnen noch besonders hinweisen.

**Aus dem Gewerbeamt.** Vorsitzender Rechtsanwalt Dr. Guttenberg-Durlach, Beisitzer Gürtelmeister Wiedemann-Durlach und Maurer Karl Alb. Wenz-Söllingen. Anstreicher Roth klagt gegen die Firma Alliengeellschaft vorm. Pfeiffer in Gröningen auf Zahlung einer Entschädigung. Der Kläger gibt an, daß er am Montag, 19. Januar, umwoh war, und deshalb nicht zur Arbeit kommen konnte. Als er Dienstag, 20. Januar, morgens, wieder zur Arbeit wollte, wurde er vom Richter zurückgewiesen mit der Bemerkung, er sollte um 8 Uhr kommen, sein Geld und Papiere holen. Bei der Firma bestünde aber 14tägige Kündigung. Um 8 Uhr erhielt er dann auch seine Entlassung. Der ersichene Vertreter der Firma gibt an, der Kläger habe mehrmals „Blau“ gemacht, es sei ihm dann gesagt worden, wenn es nochmals vorkomme, werde er sofort entlassen. Aus diesem Grunde habe man das Ausbleiben, ohne die Firma davon zu benachrichtigen, wieder als „Blau machen“ angesehen und den Kläger ohne Kündigung entlassen. Am gleichen Tage ging aber Roth zum Arzt, der ihn ins Spital nach Durlach verwies. Nach der Weisungsaufnahme kam das Gewerbeamt zur Ansicht, daß der Kläger laut Arbeitsordnung sein Ausbleiben hätte melden sollen. Da aber erwiesen sei, daß das Ausbleiben nicht dem „Blau machen“, sondern der Krankheit zuzuschreiben war, so sei das kein Grund zur Entlassung. Da der Kläger aber vom Tage der Entlassung an im Spital lag, so sei auch die Entschädigung für Lohnausfall hinfallig. Es kam ein Vergleich zwischen beiden Parteien zustande, nach dem Kläger für den Montag, 16. Januar, 4 M. bezahlt wurden.

**Bedürfen wir noch der Kirche oder nicht?** Ueber dieses Thema sprach am letzten Sonntag nachmittags in der „Blume“ Herr Dr. Karl Weich-Ludwigshafen in einer ziemlich gut besuchten öffentlichen Versammlung, die, wie der Versammlungsleiter, Herr Rechtsanwalt S. A. N. d. e. l. Karlsruhe, besonders betonte, vom Komitee Konfessionslos einberufen war. In seinem Referat, nebenbei gesagt eine rhetorisch vorzügliche Leistung, ging Herr Dr. Weich von der Entstehung der mittelalterlichen Kirche aus, stellte dar, wie der ursprünglich freie Glaube der Laien durch das Eingreifen von weltlichen und kirchlichen Fürsten, durch Konzilienbeschlüsse und dergleichen, in bestimmte Dogmen und Glaubensformeln gepreßt, zum Glaubenszwang geworden sei, der schließlich mit den äußersten Mitteln, mit Wort und Schwert, mit Inquisition und Scheiterhaufen aufrecht erhalten worden sei. Die Organisationsform für diesen Glaubenszwang, das sei die mittelalterliche Kirche gewesen. Diese Kirche sei erst durch Luther in ihren Grundfesten erschüttert worden. Luther, der ursprünglich sich gegen den strengen Autoritätsglauben der Kirche gewandt und an seiner Stelle den Glauben proklamiert hatte, der von der Vernunft ausgeht, der sich insbesondere gegen den Wunderglauben wandte, derselbe Luther habe nach kurzer Zeit eine Schwermütigkeit vollzogen, erschreckt insbesondere durch die Konsequenzen, welche die aufwühlenden Bauern aus seinen Lehren gezogen. Seine Nachfolger hätten an Stelle der eben von ihnen verworfenen Kirche eine neue errichtet, mit genau demselben Autoritäts- und Glaubenszwang, genau so mit Hilfe der Staatsgewalt und genau mit derselben Individualität, wenn auch nicht mit der barbarischen Grausamkeit, wie die katholische Kirche. Das Aufklärungszeitalter, hervorgerufen durch die fortschreitenden Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, insbesondere der Naturwissenschaft, habe schließlich das Vernunftchristentum eines Goethe, Schiller und Lessing, eines Herder und Fichte hervorgebracht und eine sogenannte „liberale Theologie“ geschaffen, die bei den kämpferischen Verfassungen, die Glaubenssätze der evangelischen Kirche mit den als feststehend zu betrachtenden Ergebnissen der Wissenschaft in Uebereinstimmung zu bringen, diese Glaubenssätze ausgehöhlet und geschwächt hätten, daß diese Kirche heute vor dem inneren Zerfall stehe. Tausende und Hunderttausende, die mit der Kirche innerlich zerfallen, in Kirchenfragen völlig gleichgültig geworden, seien lediglich der Macht der Gewohnheit folgend, noch Mitglieder derselben. In diese nun, nicht an jene, denen die Kirche noch etwas bedeute, wende sich die freireligiöse Bewegung, wende sich das Komitee Konfessionslos mit dem Rufe: „Los von der Kirche“, los vom Autoritätsglauben, lerne wieder an euch selbst, an die hohe Mission des Menschengeschlechts glauben, lerne im Kreise Gleichgesinnter alle Fragen vom Standpunkt des sittlich und geistig freidenkenden Menschen betrachten und die heranwachsenden Generationen in diesem Sinne erziehen, lerne die durch alle gesellschaftlichen und sonstigen Verhältnisse gehende innere Unwahrscheinlichkeit überwinden, dann werdet ihr Menschen, Charaktere schaffen, die leider in der heutigen Zeit so selten geworden sind.

**Reicher Beifall** lohnte das tief angelegte Referat. Wie Herr Rechtsanwalt Händel nach einer Pause mitteilte, hat sich eine Anzahl Versammlungsbesuche bereit gefunden, ihren Austritt aus der Kirche zu vollziehen. Diskussion fand keine statt.

### Bruchsal.

**Kleine Nachrichten.** Oberbürgermeister Dr. Meißner hat am Sonntag sein Amt angetreten. — Das Bahnprojekt Reichs-Goddenheim-Bruchsal wird durch eine vor kurzem in Bruchsal gemählte Kommission, bestehend aus Vertretern der interessierten Gemeinden, weiter gefördert. Vorgetern nachmittags tagte diese Kommission unter Vorsitz des Stadtrats Dr. Dittschinger-Bruchsal im Rathhausaal hier. — Vorgetern besuchten 86 Heidelberger Studenten unter Führung von Erz. von Zogemann das Groß-, Schloß und das Männerzuchthaus hier.

### Ettlingen.

**Diebe und Einbrecher.** Zur Zeit treibt hier eine gefährliche Diebes- und Einbrecherbande ihr Unwesen, ohne daß es

bis jetzt gefangen wäre, ihrer habhaft zu werden aber eine Spur zu entdecken. In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurde auch wieder verschieblich eingebrochen. In der Pflanzlichen Papierfabrik wurde im Bureau eingebrochen, aber nichts erbeutet, dafür wurden in der Fabrik selbst die Arbeitskleider mitgenommen. Beim Hadermeister Schneider in der Leopoldstraße wurde durch ein Fenster in den Laden eingestiegen und die Radenkasse geplündert und endlich wurde auf Station Holzhof ein Automat erbrochen und ausgeraubt. Man ist hier eifrig auf der Jagd nach den ungetretenen nächtlichen Gästen.

**Nobelenfall.** Gestern nachmittag ereignete sich hier auf der Schöllbronner Steige ein schwerer Nobelenfall. Ein Friseur und ein Mädchen aus Karlsruhe rannten mit dem Nadel so hart gegen ein Drahtgitter, daß beide erhebliche Verletzungen an Kopf, Armen und Beinen davon trugen. Beide Verletzte wurden von der Sanitätskolonne nach der Bahn verbracht und von dort nach Karlsruhe überführt.

### Offenburg.

**Zur Entgegennahme des Wahlergebnisses** treffen sich die Genossen im Parteilokal („Anker“) heute abend 8 Uhr. Die auswärtigen Genossen werden ersucht, zur Übermittlung der Wahlergebnisse die Telefonnummer 122 („Anker“) anzurufen.

**Eine fürnische Bürgerauschussung** fand am Donnerstag, 28. Januar, nachmittags von 3 bis gegen 8 Uhr, statt. Die Tagesordnung zählte 16 Punkte. Vorlage 1 betraf die „Berücksichtigung der 1910er Stadtrechnungen mit Nebenrechnungen.“ Stadtr. Bögeler erstattete den Bericht der Abhörkommission. Der Entwurf der Kommission wurde nach wenigen Bemerkungen genehmigt. — Vorlage 2 betraf die „Verkündigung der 1912er Rechnungen.“ Der umfangreiche Rechnungsbericht, aus dem wir das wesentliche schon brachten, lag im Druck vor. Stadtr. Dr. Krieg bemängelte namens des Vorstands einige Korrekturen, die er für notwendig hielt, so die Genehmigung des Ausschusses für die Eingehaltung der Beschlüsse. Bögeler erkennt die zweckmäßigen Erweiterungen des Berichts an. Oberbürgermeister Hermann meint, wenn auch einige Uebersetzungen nötig waren, so sei doch das Geld zweckmäßig verwendet worden. Uebersetzungen seien kaum zu vermeiden, so behaupte er. — Zum Rechnungsbericht hatte Stadtr. Dr. Rombach dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß er bei dieser Gelegenheit den von der „Offenburger Zeitung“ noch einmal herausgegebenen fassam bekannten „Fall Meßger“ zu behandeln gedenke. Eine diesbezügliche Mitteilung an den Stadtratsrat Dr. Bögeler sei erwünscht. Dies ist geschehen. Nachdem nun Stadtr. Rombach schon um das Wort gebeten und es auch erhalten hatte, erhob sich Stadtr. Bögeler und beantragte, daß, wenn der Fall Meßger besprochen werden solle, man dies erst nach Erledigung der großen Tagesordnung tun möge. Stadtr. Rombach verwarf die sich gegen diesen Antrags, nachdem er schon das Wort zu dieser Sache erhalten habe und entwiderte nochmals den ganzen Vorgang in möglichster Kürze. Er betonte insbesondere den unerschöpflichen Vorrat des Zentrums, als haben alle Behörden und Personen nicht aus schlichten, sondern aus politischen Gründen und Rücksicht gegen Herrn Meßger als Direktor der Oberrealschule votiert. Als Redner des Mittels der Schülerkassen bei der Fronleichnamspredigt erwähnt, entwand ein Seitenblick. Zurufe, wie: „Unverschämtheit, wir gehen fort usw.“ fielen; tatsächlich gingen auch einige Zentrumsleute. Der Vorsitzende konnte nur mit großer Mühe die Ordnung aufrecht erhalten. Es wurde vereinbart, daß Stadtr. Rombach noch 10 Minuten Redezeit erhielt und Stadtr. Friedmann nach ihm ebensolange von Zentrumsseite sprechen solle. Darauf brachte Dr. Rombach eine ganze Reihe den Direktor Meßger belastende Vorgänge zur Sprache, die ja auch größtenteils in der Presse schon behandelt wurden, u. a. wurde auch der „Vollstrecker“ zitiert. Stadtr. Friedmann betritt natürlich die Wahrheit der Vorgänge in gerade noch einmal so langer Rede als Rombach. Ebenso machte es hernach auch Stadtr. Bögeler. Oberbürgermeister Hermann erklärte, daß er damals aus innerer Ueberzeugung dafür gestimmt habe, daß Herr Meßger nicht der geeignete Mann sei für die Leitung der Oberrealschule. Um ihn von dieser Ueberzeugung, die er heute noch habe, abzubringen, war vom Zentrum Herr Stadtr. Bögeler einmal bei ihm. Als dies nicht gelang, wurde dann bei der Wahl des Oberbürgermeisters der Zentrumsstreik in Aussicht genommen, um die Wiederwahl zu verhindern. (Herr Bögeler stellt dies nachträglich etwas anders dar. Und erff die „Offb. Bl.“? Den Vorgang muß man gesehen und den Bericht genannten Blattes gelesen haben!! Die alte bekannte Manier.) Im Interesse der Schule kann man mit dem Vorsitzenden wünschen, daß diese leidige Meßgergeschichte endlich in der Verlesung verstaube.

**Vorlage 3: Abänderung der Sparfassenordnungen**, wurde darauf einstimmig genehmigt, nachdem der Stadtratsratsvorsitzend dafür eingetreten. Die Änderungen resultieren hauptsächlich aus den Erfordernissen des Geldverkehrs. — Die früher beantragten Reparaturen in Garnisons Lazarett bildeten die 4. Vorlage. Die Vorläge der Kommission wurden gut geheißen. Diese bestanden in einigen Abänderungen an den Forderungen der ausführenden Firmen und in einer Entschädigungsgeldzahlung des verantwortlichen Stadtbaumeisters Wader im Betrage von 500 M. — Die Anstellung eines Magazinverwalters und der Dienstvertrag mit diesem bildeten die Vorlage 5 und 6. Der Stadtratsratsvorsitzend hält die Stelle noch nicht für nötig, ebenso Stadtr. Bögeler, während Direktor Schilling die Vorlage verteidigte. Es soll nun eine Kommission gebildet werden, welche die Notwendigkeit der Stelle prüfen soll. Die beiden Punkte wurden von der Tagesordnung abgesetzt. — Vorlage 7: Zur Befestigung des Verwalters A. d. a. m. vom Arbeitsnachweis und die Uebertragung der Stelle an Wachmeister Göring mit einem Gehalt von 2400 M. wird angenommen, ebenso Punkt 8: Dienstvertrag mit Wachmeister Laue. — Vorlage 9: Einrichtung des Haustelephons im Rathaus mit einem Aufwand von 1000 M. hält der Stadtratsratsvorsitzend nicht für unbedingt nötig, während Stadtr. Seeger die Notwendigkeit anerkennt. Die Vorlage ging mit knapper Mehrheit durch. — Die nächsten 4 Vorlagen 10, 11, 12 und 13 betreffen Geländeerwerbungen und Verpachtungen. Sie wurden mit Mehrheit angenommen, ebenso Vorlage 14 und 16: Errichtung des städtischen Woiariums und Festsetzung der Gebühren für Benutzung der öffentlichen Brückenwege.

**Berghausen, 2. Febr.** Tödlicher Unglücksfall. Als heute abend der Landwirt Heinrich Carlmann von hier mit seinem Wagen und Pferd nach Hause fuhr, scheute das Pferd, wobei das dreijährige Kind des Bauers Karl Weich überfahren und auf der Stelle getötet wurde; ein weiteres Kind, dem Friseur Gröbühl gehörig, kam glücklicherweise mit leichten Verletzungen davon. Ob den Fuhrmann an dem bedauerlichen Unglücksfall eine Schuld trifft, dürfte die durch die Durlacher Genbarmerie sofort vorgenommene Untersuchung ergeben.

**r. Bruchsal, 2. Febr.** Ein frecher Raubanfall wurde in der Nacht vom Sonntag auf Montag, morgens halb 3 Uhr, auf der hiesigen Bahnhofsveranda verübt. Drei unbekannte Individuen drangen in das Stationsgebäude ein, während einer der Räuber den Beamten am Tische festhielt, bemächtigten sich die andern beiden der Kasse. Zum Glück hatte der Beamte die Hauptsumme an einer anderen Stelle. Die vorbandene und von den Tätern geraubte Wertsache betrug etwa 28 M., wovon aber den Räubern noch 12 M. zu Oben fielen. Es daß sie

mit dem Rest von etwa 16 M. vorlieb nehmen müssen. Von den Tätern hat man zurzeit noch keine Spur.

**h. Wöfingen, 2. Febr.** Ein e r o t t e T a t verübte letzten Sonntag der ledige August Lindenmeier, Kirchstraße hier. Er lockte den ledigen Johannes Rendi aus der Wirtschaft zum „Ramm“ heraus, schlug ihm mit der Faust ins Gesicht und versetzte ihm einen Fußtritt auf den Unterleib. Mit Mühe und Not konnte sich der Ueberfallene in die Wirtschaft zurückschleppen, während der „Gelb“ Lindenmeier das Weite suchte.

**Heidelberg, 2. Febr.** Während bei dem gestrigen Wettrennen keine Unfälle zu verzeichnen waren, ereignete sich auf der Bahn des Rodelflusses, die für den allgemeinen Betrieb freigegeben war, ein tödliches Unglück. Der 48 Jahre alte Schneider Josef Frey, der mit einem 11jährigen Mädchen tobte, flog in einer Kurve über die Bahn hinaus und rannte mit dem Kopf an einen Baumstamm; er brach das Genick und war sofort tot. Das Kind erlitt Quetschungen und Verletzungen am Kopf. Die Bahn wurde auf Veranlassung des anwesenden Oberbürgermeisters Dr. Walz sofort gesperrt. — Außer verschiedenen leichten Unfällen ereigneten sich noch mehrere schwerer Natur; so wurden gestern 4 Personen ins Krankenhaus eingeliefert, die sich beim Rodeln Knochenbrüche zugezogen hatten. — In Lühelshausen hat sich am Samstag ein Rodelfall mit tödlichem Ausgang ereignet. Der 17jährige Schlosser Heinrich Gertner zog sich beim Rodeln schwere Verletzungen zu, daß er auf dem Transport nach dem Heidelberger Krankenhaus starb.

### Aus der Stadt.

**Karlsruhe, 3. Februar.**

#### Geschichte des Sozialismus.

In der Vortragsfolge über die Geschichte des Sozialismus, die der Bildungsausschuß veranstaltet, war der gestrige Abend Saint-Simon gewidmet. Gen. Dr. Dieß hatte das Referat übernommen. Der Redner betonte eingangs seiner Ausführungen, daß die Literatur über Saint-Simon nicht sehr reichhaltig sei. In den Schriften unserer Altimeister ist sein Name nur sehr selten oder gar nicht zu finden. Man muß, um sich über Saint-Simon zu orientieren, schon zurückgreifen in die 18er Jahre des vergangenen Jahrhunderts und die Schriften Saint-Simons im Urtext studieren. In der Zeit vor der französischen Revolution wurden alle diejenigen „Sozialisten“ genannt, die für die Verbesserung der Lage der Arbeiter eingetreten, ohne jedoch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu fordern. Im Gegensatz zu diesen traten die Kommunisten für die Aufhebung des Privateigentums ein, ohne jedoch wie Marx und Engels und die ganze heutige Sozialdemokratie zwischen dem Kommunismus der Produktion und dem Kommunismus der Konsumtion einen Unterschied zu machen.

Saint-Simon, der vor der französischen Revolution Offizier im französischen Heer war, und dessen Eltern in der französischen Revolution ihr Vermögen verloren, war nach der Revolution gezwungen, sich sein Brot durch Arbeit zu verdienen. Er tat dies zunächst als Ingenieur und später als Schriftsteller, als welcher er längere Zeit ein kümmerliches Leben fristen mußte. Als erste Arbeit von ihm erschienen im Jahre 1802 seine „Briefe eines Genfers“. Mit dieser Schrift, wie mit allen seinen übrigen schriftstellerischen Arbeiten fand er keinen Anklang, wenigstens nicht bei allen denen, die etwas zu vergeben hatten. Er war der erste der das begründen wollte, was 50 Jahre später Marx und Engels begründet haben: Die materialistische Geschichtsauffassung, daß die Grundlage aller Politik die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft sind. Die Besitzenden sind nach Saint-Simon ihrem ganzen Wesen nach jeder Erneuerung abhold, konterdativ. Er erhoffte eine Besserung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht wie Owen und Fourier von dem Eingreifen der Besitzenden, der Fabrikanten und Millionäre, sondern dadurch, daß die Kirche zum alten Zustand des Kommunismus zurückkehre. Er suchte dem Grundplatz Geltung zu verschaffen, daß die Menschen sich alle als Brüder betrachten. Er muß als der Stifter einer Art Religion bezeichnet werden. Der Weg, den er zu zeigen suchte, aus dem gesellschaftlichen Elend herauszukommen, muß wie der von Owen, Fourier und der anderen ihrer Zeitgenossen als utopistisch bezeichnet werden, denn die Hilfe für die Arbeiterklasse kann nur, wie Marx und Engels gelehrt haben, von ihm selbst kommen. Immerhin dürfen wir auch heute noch von Saint-Simon beseitigen, daß man, um Großes zu erringen, begeistert sein müsse. Die trefflichen Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

#### Vollständiges Symphoniekonzert in der Festhalle.

Auf das morgen Mittwoch, 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr im großen Festhalle-Saal stattfindende Symphoniekonzert, ausgeführt von der verstärkten Leib-Grenadierkapelle machen wir an dieser Stelle nochmals aufmerksam. In diesem Konzert wird, wie durch die Inserate bereits bekannt gegeben, Fr. Luise Beck, eine Schülerin von Fr. A. L. o. s. e., der bestens bekannten Karlsruher Klavierpädagogin, das A-moll-Konzert von Grieg mit Orchesterbegleitung spielen, eines der besten Werke der modernen Klavierliteratur. Das wundervolle Klavierstück birgt eine große Fülle der herrlichsten Melodien in sich, verdrängt von Klangvollen echt Grieg'schen Harmonien. — Das Orchester spielt die große, erhabene „Faust-Ouverture“ von Rich. Wagner, die melodische „G-moll-Symphonie“ von Gernheim und Smetanas „Waldau“. Ausführliche Erklärungen sind auch dieses Mal dem Programm beigegeben.

Die Eisbahn im Stadtgarten ist heute benutzbar und ist, wenn kein Tauwetter eintritt, geöffnet bis heute abend 10 Uhr.

Die Schiffahrt nach und von Karlsruhe ist am 29. Januar 1. Jg. wieder aufgenommen worden.

**Fremdenverkehr.** Im Monat Dezember 1913 sind in Karlsruhe in Hotels und Gasthäusern 4200 Fremde (im November 4400) abgetreten, in Gerbergen 3698, in Bensheim und „mblierten Zimmern“ 27. Die Zahl der in diesem Jahre angemeldeten Fremden ist damit auf 180 241 gestiegen. Davon haben in Hotels und Gasthäusern 82 241 übernachtet, in Gerbergen 46 846, in Bensheim und „mblierten Zimmern“ 509.

**Tödlicher Brandanfall.** Am Samstag wollte die Ehefrau des Professors Henrich auf dem Gasfeuer Bodenwische mit Terpentin vermengen. Dabei explodierte die Bodenwische, in der sich das Gemenge befand und die Frau erlitt schwere Brandwunden, denen sie nun im Krankenhaus zugegen ist.

Unfall. Gestern nachmittag wurde ein Einspännerfuhrwerk beim Wenden auf der Kaiserstraße zwischen Waldhorn- und Kronenstraße von einem Straßenbahnwagen angefahren. Das Pferd wurde umgeworfen und der Fuhrmann vom Bod unter das Pferd geschleudert. Er wurde am Arm leicht verletzt, während das Pferd keinen Schaden erlitt.

Von einem durchgegangenen Pferde wurde gestern vormittag in der Kriegerstraße ein verheirateter Schreiner von hier angegriffen, zu Boden geworfen und leicht verletzt.

Veranstaltungen.

Maskenball des „Bruderbund“ Mühlburg.

Zahlreich und hundertfach strömten am Samstag abend aus allen Himmelsrichtungen die maskierten Sangesgenossen und Genossinnen teils zu Fuß, teils per Elektrische zum hellerleuchteten Festsaal des „Kühlen Krug“. Schon bald nach 10 Uhr erwies sich der Saal und der abgegrenzte Tanzraum als beengend klein und die tanzenden und scherzenden Paare bildeten dann gleichsam eine einzige lebendige Farbenvoge, die in ihrer stets beweglichen, bunten Mannigfaltigkeit immer neue Reize dem Auge des Zuschauers bot. Mit besonderer Befriedigung kann konstatiert werden, daß die Kostüme und Masken fast durchweg mit gutem Geschmack gewählt waren und das Ordinaire und Anstößige fast gänzlich vermieden war. So schwirren die Masken lachend, scherzend, und der Alltagsfuge entrückt in wirrem Durcheinander im Saale hin und her. Man suchte, neckte sich gegenseitig unter dem Schutze der verborgenen Farbe, man jagte mancher Schönen eine galante Artigkeit, viel leicht, wenn man sich in ihrer „Schönheit“ enttäuscht sah, auch das Gegenteil; jedenfalls aber waren Humor und naturwüchsiges Frohsinn die Triebfeder dieses ebl-arnebalistischen Betriebes. Eine „Farsare“ forderte endlich die Masken zur Preisverteilung-Polonaise auf. Fast unheimlich lang war der Zug aller derer, die im Stillen auf einen Preis hofften. Viel Schönes war da zu sehen und je mehr schöne Kostüme am Podium vorbeidelfierten, desto bangender schauten die Preisrichter ihrem schwierigen Amte entgegen. Es war aber auch tatsächlich keine leichte Arbeit unter dem vielen Gebotenen das Prämierungswürdige heraus zu finden. Das Preisrichterkollegium ging auch diesmal von dem alt-bekanntem Grundsatze aus bei Karnevals-Maskenbällen zunächst die Masken von besonderer Originalität oder treffendem Biß in erster Linie in den Wettbewerb einzuziehen. So kam es, daß a. B. die Damenpreise reduziert und in andere Gruppen eingeschoben wurden. Gewiß waren viele Damenkostüme von gutem Geschmack (einige sogar von augenfälliger Schönheit) vorhanden, jedoch sollte in erster Linie das humoristische Moment mit einem Preis bedacht werden. Das Ergebnis der Preisverteilung war demnach folgendes:

- 1. Herrenpreise (statt 5 erhöht auf 6): 1. Preis: „Moderner Gehlerhut“. 2. Preis: „Kampf gegen die Sozialdemokratie“. 3. Preis: „Julietta“. 4. Preis: „Anwalt für Arbeiterjugend“. 5. Preis: „Ich bin kein Strohhalm“. 6. Preis: „Baberer Schuster“.
2. Damenpreise: 1. Preis: „Gemüse“. 2. Preis: „Zigeunerbaronin“. 3. Preis: „Vollfreund“.
3. Gruppenpreise (erhöht auf 3): 1. Preis: „Singschwärmer und Schwärmerinnen“. 2. Preis: „Schweißsucher auf dem Lauterbudele“. 3. Preis: „Mühlburger Damen-Reitschule“.

Nach der Preisverteilung wurde wieder dem Tanz und dem Sinnerhoff bis zur frühen Morgenstunde gebuhlet. W. Sch.

Abendunterhaltung des Arbeiterchor. Trotdem draußen im „Kühlen Krug“ die „Kassalla“ mit ihrer Damen- und Fremdenführung eine starke Anziehungskraft ausübte, so daß man befürchten mußte, die Unterhaltung des Frauenchors könnte schlecht besucht werden. Können unsere Arbeiterfängerinnen dennoch mit ihrer Abendunterhaltung im Saale des „Apollo“ am letzten Sonntag einen vollen Erfolg verzeichnen. Nicht besetzt war der Saal, es trat sogar Stuhlmangel ein. Trod der „Konkurrenz“ dennoch ein vollbesetztes Haus, das ist wohl der beste Beweis für die Achtung und Anerkennung, deren sich der Frauenchor in den Kreisen der Arbeiterschaft zu erfreuen hat. Und diese Achtung kann durch das Gebotene am letzten Sonntag nur noch gestärkt werden. Namentlich nach der gefanglichen Seite hin muß unumwunden festgestellt werden, daß der Chor vorzüglich sang, beser, wie wir ihn jemals gehört haben. Kräftig kam das schöne Volkslied „Heidenröcklein“ heraus. Herr Baldas, der irische Dirigent, hatte hier alle Sorgfalt dem Chore zuteil werden lassen, so daß dessen Vortrag nach jeder Richtung hin befriedigte. Das gleiche muß von den Liedern „Ein altes Lied“, „Lanzlied“, „Spakenlied“, „An den Sonnenschein“ und „Die Mühle im Tale“ gesagt werden. Durchweg sang der Chor in reiner Tongebung, schön klangen die gut ausgeglichenen Stimmen zusammen, auch die Lieder mit Klavierbegleitung sprachen sehr an. Der reiche Beifall kam sicher allen Zuhörern von Herzen. Auch die weiteren Darbietungen verdienen alles Lob. Herr E. Guthmacher sang recht schön das Lied „Wid ich umher“ und „Tannhäuser“, auch seine Liebesvorträge zur Laute verdienen lobende Erwähnung. Trefflich kam das von Mitgliedern des Chors gespielte soziale Bild „Ausgesperrt“ zur Wiebengabe. Das Stück ist so recht aus dem Proletarierleben gegriffen und war bei der vorzüglichen Darstellung der Mitwirkenden von padender Wirkung. Für Heiterkeit sorgte eine bessere Gesangs-aufführung für 6 Damen „In der Hochschule“ und ein „Heiteres Duett“. Auch hier fanden sich die Sangesgenossinnen gut in ihren Rollen zurecht, so daß auch ihnen viel Beifall und zahlreiche Heroorufte zuteil wurden. Nach der Abwicklung des Programms fand ein Tanzvergnügen statt, das Sänger, Sängerin- und Gäste noch lange zusammenhielt. Zu wünschen ist nur, daß die zahlreichen Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder, die der Veranstaltung beiwohnten, aber nicht Mitglieder des Frauenchors sind, nun Veranlassung nehmen, auch sich den Arbeiterfängerinnen anzuschließen, so daß der Frauenchor immer größer und damit leistungsfähiger wird. Die Fortschritte, die der Chor in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits zu verzeichnen hat, sind die beste Gewähr dafür, daß Dirigent, Leitung und die Mitglieder mit Lust und Liebe bei der schönen freien Sangesstunde sind.

Kaiser-Panorama. Das reizende Fichtelgebirge ist in dieser Woche zu sehen. Dieser vollständig neue Zyklus bietet viel des Interessanten und Sehenswerten, zumal alles in wunderbarer Deutlichkeit und Klarheit vor Augen gerückt ist, wie dies in keiner anderen Weise bis jetzt erreicht wurde.

Letzte Nachrichten.

Lohnbewegung in der Herrenschneiderei.

Kürnberg, 2. Febr. Nachdem die örtlichen Verhandlungen über die Lohn-Verhältnisse der Herren-Wahschneiderei an 60 Orten bis jetzt ergebnislos gewesen sind, wurde die Streikfrage einer Kommission von drei Unparteiischen übergeben, deren Verhandlungen gestern begonnen haben.

Beamtenwechsel in Elsaß-Lothringen.

Strahburg, 2. Febr. Kreisdirektor Mohl in Zabern ist von heute an nach Thann in Ober-Elsaß und Kreisdirektor Beyerlein in Thann nach Zabern versetzt worden.

Spionage.

Kiel, 2. Febr. Wegen Betratts militärischer Geheimnisse, Diebstahls und Bestechung verurteilte das Kriegsgericht der ersten Marineinspektion den Telegraphistenmaat Michelsen zu 3 Jahren 7 Monate Zuchthaus, Ausstoßung aus der Marine, Degradation und Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Ärzte und Krankenkassen.

Breslau, 2. Febr. Der Verein der Breslauer Ärzte gibt bekannt, daß diejenigen Ärzte, die mit den Krankenkassen in Konflikt geraten sind, beschloffen haben, deren Mitglieder auch nicht als Privat-Patienten zu behandeln. Die Vorstände der Kassen mögen sich an solche Ärzte wenden, die sie selbst von außerhalb herangezogen haben.

Streikbewegung in England.

London, 2. Febr. Das Ende des Streiks in Dublin ist jetzt in Sicht. Ueber 800 Arbeiter des Baugewerbes kehrten zur Arbeit zurück und nahmen die Bedingungen der Arbeitgeber an, die den Austritt aus dem irischen Transportarbeiter-Verband verlangen.

Kämpfe in Marokko.

Tetun, 2. Febr. Die Streitkräfte der Generale Bessguir und Terres wurden in der Gegend von Melallen von zahlreichen Feinden angegriffen. In dem darauf folgenden Kampf hatte der Feind 50 tote und zahlreiche Verwundete. Außerdem verlor er viele Gefangene. Ein Major, ein Leutnant und 16 Soldaten wurden getötet, fünf Offiziere und 22 Soldaten verwundet.

Gewaltherrschaft in Kapland.

Kapstadt, 2. Febr. Das Abgeordnetenhaus und die Tribünen waren heute stark besetzt, da die Einbringung der von dem Minister Smuts angekündigten Bill, durch die der Regierung für ihre Streikmaßnahmen Idemnität verliehen wird, erwartet wurde. Der Sprecher wies einen Antrag der Arbeiterpartei, den Deportierten die Rückkehr zu gestatten, zurück, worauf dann der Minister beantragte, die Idemnität einbringen zu dürfen. Der Oppositionsführer Thomas Smarrt erklärte, er wolle nicht gegen den Antrag stimmen, da die Regierung Gesetz und Ordnung mit allen Mitteln erhalten müsse.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gemeinwirtschaftliches und Soziales: Hermann Adels; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Anzeigen: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

8. Februar. Schusterinsel 1.03 m, gest. 3 cm, Reßl 1.91 m, gest. 2 cm, Rarau 3.89 m, gest. 7 cm, Mannheim 2.58 m, gest. 6 cm.

Aufsehen erregende Preise im Total-Ausverkauf!

Advertisement for 'Weissen Woche' (White Week) sale. Features large text 'Weissen Woche' and 'Montag 10% oder doppelte Rabattmarken'. Lists various goods and prices:
- Baumwolltuche: ca. 2600 Mtr. 80/160 cm breit, gebleichte. Cretonne, Renforce, Madapolam, Macco. Mtr. von 20 Pfg. bis Mk. 1.35.
- Halbleinen: 80/160 cm breit, nur gute Qualitäten, darunter Rasenbleiche. Meter 55 Pfg. bis Mk. 2.25.
- Reinleinen: 80/160 cm, darunter beste Rasenbleiche per Mtr. 95 Pfg. bis Mk. 3.55.
- Croisé-Finest und Flockpiqué: ersterer Meter von 32 Pfg. an.
- Bettwäsche: Betttücher, 150/220 160/225 in Baumwolle und Halbleinen. p. St. 1.95 bis 3.75. Oberbetttücher in A jour - Stickerei, Feston und gebocht. letzts v. Mk. 2.95 an. Bett- u. Plumeaux-Bezüge 130/180 in weiss und farbig, eigene Anfertigung. Stück v. Mk. 2.95 an. Kissenbezüge in A jour - Stickerei, Feston und gebocht. letztere v. 78 Pfg. an.
- Damen-Kleiderstoffe: in allen Farben und Webarten. Serie I früher bis M 3.00 jetzt 1.00. Serie II früher bis M 4.50 jetzt 1.50. Serie III früher bis M 5.50 jetzt 2.00. 1 Posten angetriebte Wäsche Stück von 95 s an. Sehr billige Schlafdecken, Steppdecken, Bettdecken. ca. 2000 Stück Kinderwäsche darunter 1 Posten Mädchenhemden in feiner Stickerei in Grösse 40, 80, Einheitspreis 95 s.
- Bett-Damaste und Brocate: 80/130 cm breit in weiss u. farbig, per Meter von 54 Pfg. bis Mk. 2.25. Bettcattune 80/130 cm breit, in echt farbig, per Meter von 45 Pfg. bis Mk. 1.10. Bettbarchend Federleins, 80/130 cm breit in jeder Preislage. Gardinen in weiss, crème u. farbig, abgepasst u. am Stück. Enorm billig! Bettfedern, Flaum direkter Import aus Böhmen, erstere das Pfd. von Mk. 3.— an.
- Ca. 2000 Stück Tischwäsche: Tafeltücher, Tischtücher, Servietten, Handtücher, Gläsertücher, Frühstücksgedecke in Gebild und Damastgewebe, Halb- und Reinleinen. Tischtücher von 95 Pfg. an. Handtücher „ 40 „ „ Servietten „ 30 „ „ Farb.Tischdeck. 95 „ „
- Farbiges Wäsche als Damen-Hemden, Bein- kleider, Unterröcke für Frauen und Kinder zu jed. annehmbaren Preise.
- Ca. 1000 Stück Damen-Wäsche: Taghemden, Beinkleider, Nachthemden, Garnituren, Mat'nes, Untertailen, darunter ein Posten Hemden, Beinkleider zum Aussuchen. Serie I M 1.55, Serie II 2.25, Serie III 2.75.
- Ein Posten Damen-Nachtjacken Wert bis M 4.50 Einheitspreis M 2.50. Ein Posten Prinzessunterröcke Grösse 50-100 . . . jetzt M 4.—.
- Ein grosser Posten Herrenstoff-Reste 140/160 cm breit früher M 5.50 M 15.— jetzt M 2.75 jetzt M 9.50 7053. Trikotagen, Kragen, Manschetten, Vorhemden, Krawatten, Hosenträger, Taschentücher sehr billig.
- 2000 Rollen Faden 500 Yds. die Rolle 14 Pfg.
- Kaufhaus Jakob Löwe Karlsruhe Mitglied des Rabaff-Spar-Vereins. 46 Kaiserstrasse 46 Mitglied des Rabaff-Spar-Vereins.
- Regenschirme in Seide und Halbseide mit 20% Rabatt.

Während meiner

# Weissen Woche Corsets

Grosse Posten Corsets, nur beste Fabrikate, konnte ich für diesen Verkauf ausserordentlich günstig einkaufen, welche ich in 5 Serien zu nachstehenden Extra-Preisen staunend billig absetze.

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
Spiral-Corsets grau Drell und Band-Gürtel weiss und grau	Corsets lange Form, mit Strumpfhalter crème Drell	Corsets moderne Façons, mit breiter Spitzen-Garnitur oder Festons	Drell- Corsets gestreift mit Feston und Strumpfhalter Direktore- Façon	Elegante Direktore- Corsets in Ja Satin, Drell, mit wasch- barer Einlage Strumpfhalter
<b>95</b>	<b>190</b>	<b>290</b>	<b>390</b>	<b>425</b>

Reformleibchen	Diverses
Reformleibchen für Damen 3,25, 2,90, <b>2,50</b>	Strumpfhalter Hosenträgerband 48, 38, <b>30</b>
Reformleibchen für Kinder 1,60, <b>1,25</b>	Damenbinden, gestrickt waschbar, 3 Stück 1.— Stück <b>35</b>
Kinderleibchen porös, ärztl. empfohlen von <b>95</b>	Oktis-Corset- Schutzstangen Paar <b>55</b>
Kinderleibchen gestrickt . . . . . von <b>35</b>	Hygienische Damen- binden . . . . . 1 Dtzd. <b>68</b>

7063 Aussteuer- und Mode-Haus

## Landauer

Kaiserstrasse,  
Ecke  
Lammstrasse.

Während der „Weissen Woche“  
Fortdauer des

## Pelzwaren

Räumungs-Verkaufs!

mit 7052

### 20 bis 50% Rabatt

Auf sämtl. anderen Waren **10%**  
Herrenhüte, Mützen  
Südwest etc. Rabatt.

## Wilh. Zeumer

Karlsruhe i. B.  
Kaiserstr. 125/127

### Dienstmädchen

zum Eintritt sofort und auf  
1. März sucht 7056  
Städt. Krankenhaus  
Karlsruhe.

## 10% Rabatt

auf  
Putzbürsten, Schrubber, Reis-,  
Staub-, Kükos- und Rosshaar-  
be en, Gläserbürsten u. Pinsel  
aller Art, Scheuertücher,  
Fensterleder, Bodenwachs,  
Seifenpulver und Kerzen,  
Fussmatten.

Auf Toiletseife und  
Toiletteartikel  
wie: 7058  
Haarbürsten, Kleider-, Möbel-,  
Nagel- und Zahnbürsten,  
Frisierkämme, Haarschmuck,  
Waschtücher, Schwämme u. dgl.  
Haarwasser und Parfüm.

### 5%

auf garantiert erstklassige  
Kernseife, prima weisse Kern-  
seife 30 ¢  
prima Sparkernseife 30 ¢  
gelbe 29 ¢  
prima weisse Schmierseife 21 ¢  
prima gelbe Schmierseife 20 ¢

Bei grösserer Abnahme billiger.  
Lieferung frei ins Haus.

Ferner werden Gillette, Rasier-  
klingen für sämtliche Rasier-  
apparate zum Schleifen ange-  
nommen, per Dutzend M. 1,20.

## Karlsruher Seifenhaus

Kaiserstrasse 22 und  
Kaiserstrasse 241.

### Große Badische Säuglings-Fürsorge- Geld-Lotterie!

Ziehung garantiert 7. März.  
2327 Geldgew. ohne Abzug

**27 000 M.**  
1. Hauptgewinn bar:  
**10 000 M.**  
326 Gewinne bar:  
**10 000 M.**  
2000 Gewinne bar: 7055  
**7000 Mk.**

Los 4 Mk. 1.—, 11 L. Mk. 10.—,  
Porto und Liste 80 ¢  
empfiehlt Lotterie-Direktor  
**J. Stürmer**  
Strasbourg i. L., Langstr. 101.  
Filiale: Kohl a. M., Hauptstr. 41.  
In Karlsruhe: Carl Götz,  
Rebelstr. 11/15, E. Flage.

## Carl König

Dentist  
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.  
Telephon 2451.  
Künstliche Zähne, Plombieren,  
Zahnziehen. 2886

Ver. neues Vertiko m. Spiegel  
32 Mk., Vert 16 Mk., Bad-  
stommode 12 Mk., Waschtisch 8 Mk.,  
Sofa 16 Mk. 7025  
Ludwig-Wilhelmstr. 18, Hof.

Ich kaufe und verkaufe fort-  
während getragene Herren- u.  
Damenkleider, Schuhe und  
Stiefel, aber nur gute Sachen,  
zu billigen Preisen. 8971

## Wilhelm Schwab

Durlacherstr. 85.



Für geistige Arbeiter

# Zell

Cacao-Chocolade

HARTWIG & VOGEL A.G.

Preisvertreter für Baden u. Pfalz: Hermann Wassermann,  
Karlsruhe i. B., Kaiserstrasse 62, Telefon 667.

Spezialität sowie verschiedene  
andere Vogel-  
käfige billig zu verkaufen.  
Karl Wösch, Seleur, Aue. 7051

Starke, gut erhalt.,  
Torpedofreie, Rück-  
trittsbremse, für 30 Mk. zu verk.  
Adlerstr. 17, 1 Treppe. 7051

## Konfektionshaus „Merkur“

60 Kaiserstr. 60 Bitte genau auf Firma und  
Hausnummer zu achten.

Während der ::  
**Weissen**  
Woche ::  
Konfirmanten-  
Kommunikanten-  
Anzüge

Herren- Anzüge	9 50
Rosen	1 95
Knaben Anzüge	2 45
Anzüge	3 60 bis 9 50

7068 Konfektionshaus „Merkur“ 60 Kaiserstr. 60

### Die billigste Quelle

in getragenen Anzügen,  
Schuhe, überzieher v. 4 M.  
an, Mäntel u. sowie beste Ge-  
legenheitskäufe in Schuh-  
waren für et man in dem Ar-  
und Verkaufs-Geschäft von  
**Arnold Schap,**  
Fähringerstr. Nr. 22  
versteuert, er-  
hält. zu verk.  
Gartenstr. 64, S. I. 8. S.

## Diwans.

Große Auswahl in neuen, schönen  
Diwans von 35, 40 u. 45 M. an,  
hoch, mod. schwere Qualität von  
65 M. u. höher. (Steingabritware.)

Während der weissen Woche  
**10% Rabatt**

i. Polstermöbelhaus R. Köhler  
Tapezier, Schützenstr. 25. 7050

Derwechsell bei der Abend-  
unterhaltung des  
Arbeiter-Frauenchor ein schwarz-  
weicher Filzput. Es wird ge-  
beten, denselben in der „Deutsj.  
Eiche“ umzutauschen.

Ein Kinderschlafstelle m. Matr.  
12 Mk., guter kleinerer Schloffer-  
herd 16 Mk. schön, gedekt. Gas-  
herd mit eis. Tisch zu 10 Mk.,  
faub., pol. Bettstelle m. Kopf u.  
Ratzen 18 Mk., weiß. Waschtisch  
7 Mk., Chiffonier, Vertiko,  
Plüschdivan, Rololo-Damen-  
Rasentisch 4 Mk., Knaben-  
Gigleranzug f. 6 jährl. 2 Mk.,  
mod., dunkelblaues Jadenstoffium  
auf Seide Gr. 44-46, 3. 12 Mk.,  
Kostümrod, mod. Damenmantel  
für starke Figur. 7061  
Adlerstr. 17, 1 Treppe

### Rucksäcke

in allen Größen und Aus-  
führungen kaufen Sie  
billig und gut im  
**Kaufhaus Zapf**  
Zell a. H.

# WEISSE WOCHEN!

**10% Rabatt**

auf sämtliche nicht reduzierten Preise  
des gesamten Warenlagers während  
des Sonder-Verkaufs

**10% Rabatt**

## Aussteuer-Artikel

**Gebleichte Elsässer Tücher**  
 Cretonne 80/82 cm breit . . . Mtr. 18.5 30.5 45.5  
 Renforcé 80/82 cm breit . . . Mtr. 28.5 50.5 62.5  
 Madapolam 82/84 cm breit . . . Mtr. 38.5 54.5 68.5  
 Maccotuch 80/82 cm breit . . . Mtr. 48.5 80.5 95.5

**Halbleinen, gebleicht**  
 80/82 cm breit . . . . . Mtr. 38.5 60.5 85.5  
 150/160 cm breit . . . . . Mtr. 75.5 1.10 1.50

**Damast-Brokat, gebleicht**  
 180 cm breit . . . . . Mtr. 55.5 95.5 1.40 1.80  
 Negligé-Damast, 82/84 cm breit Mtr. 35.5 52.5 68.5

**Echrote Damaste**  
 180 cm breit . . . . . Mtr. 95.5 1.25 1.60  
**Bedruckte Couverture**  
 Cretonne und Satin  
 80/82 cm breit . . . . . Mtr. 38.5 48.5 60.5  
 180 cm breit . . . . . Mtr. 68.5 80.5 95.5

**Bettbarchent und Drill**  
 80 cm breit . . . . . Mtr. 65.5 85.5 1.05  
 120/180 cm breit . . . . . Mtr. 95.5 1.35 1.70

**Handtuchzeuge**  
 roh . . . . . Mtr. 13.5 26.5 38.5  
 gebleicht . . . . . Mtr. 18.5 30.5 45.5

**Delziqué und Croisé**  
 Pelziqué, 75/80 cm breit . . . Mtr. 30.5 45.5 62.5  
 Pelscroisé, 75/80 cm breit . . . Mtr. 26.5 38.5 63.5

**Bettstellen** Eisen und Messing, bestes Fabrikat  
 für Erwachsene . . . . . von M. 5.85 bis M. 95.00  
 für Kinder . . . . . von M. 5.25 bis M. 20.90

**Fertige Betten** bestehend aus Deckbett und 2 Kissen  
 M. 18.75 M. 25.60 M. 32.80 M. 39.00

**Matratzen** Seegras mit Wollauflage, Wolle, Kapok, Rosshaar  
 M. 4.80 7.00 10.35 13.75 22.80 34.00 60.00 etc.

## Damen-Wäsche

**Weißer Wäsche** aus besten Stoffen in tadelloser Ausführung mit Spitze, Stickerei oder Feston  
 Taghemden, Vorderschluss M. 0.95 1.40 1.90  
 Taghemden, Achselschluss M. 1.25 1.75 2.50  
 Beinkleider, Bündchen und Kniefassen . . . . . M. 1.30 1.80 2.90  
 Untertailen . . . . . M. 0.75 0.95 1.65 2.25

Nachthemden . . . . . M. 2.90 3.75 4.50  
 Nachjacken . . . . . M. 1.25 1.80 2.50  
 Anstandsröcke . . . . . M. 1.30 1.65 2.80  
 Stickerei Röcke . . . . . M. 2.90 3.90 5.40

**Farbige Wäsche** 7067  
 Damenhemden aus Baumwollflanell M. 1.15 1.90 2.40  
 Damenbeinkleider aus Fancy und doppelseitigem Baumwollflanell M. 0.95 1.25 2.25  
 Damen-Nachjacken aus bedrucktem Baumwollflanell . . . . . M. 1.25 1.70 2.10  
 Anstandsröcke aus Fancy u. Velour M. 1.20 1.50 2.15

Karlsruhe **W. Boländer** Kaiserstr. 121.

### Deutscher Verein für Volkshygiene.

Donnerstag, den 5. Februar 1914, abends halb 9 Uhr, im großen Saale des Rathauses

#### Vortrag

des Herrn Professors Dr. von Gierke, hier. 7048  
 Thema: „Ueber die Aufgaben der städt. Profektoren u. Untersuchungsämter für ansteckende Krankheiten.“  
 Eintritt frei! Auch Damen sind höflichst eingeladen.

Während der „Weissen Woche“ gebe auf sämtliche Herrenanzugstoffe, Ulsterstoffe, Paletotsstoffe, Kostümstoffe, Hosenstoffe

**15% Rabatt**

Günstige Gelegenheit für Kommunikanten und Konfirmanden. 7044

**Arthur Baer**

Kaiserstrasse 133, 1 Treppe hoch, Eingang Kreuzstrasse bei der kleinen Kirche



**Albertus-Bräu**

Der Hussfloss meines Starkbieres beginnt  
 « 14. Februar ds. Js. »

Prinz-Bier  
 Karlsruhe.

:: Bestellungen ::  
 frühzeitig erbitten.

**Brauerei A. Prinz.**

### Jeder Dame,

welche ihr ausgefallenes Haar einleitet, fertige schöne Hüte, Haarketten, Blumenpegen usw. blickt an. Defekte Haarbeiten repariere billig.

**Karl Mösch, Friseur**  
 Aue bei Durlach. 6084

### Im Stadtteil Darglanden

bei der Appenmühle, an der Haltestelle der Straßenbahn, ist ein neues **Wohnhaus** mit je 3 Zimmern, Küche, Bad, Wasserloset, Gas u. elektrif. Licht, Garten und Hof, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Zu erfragen unter Nr. 7019 bei der Expedition dieses Blattes.

**Hippnerstrasse 23, 3. St.** rechts, ist möbliertes Zimmer zu vermieten. 6926

**Weisse Woche!** Wir bringen in dieser Woche waren aller Art

zu besonders billigen Preisen.

**HERMANN TIETZ.**

KARLSRUHE.